Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1906

46 (10.2.1906) Badischer Landtag. 21. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer

Visual Library

Beilage zur Karlsruher Zeitung № 46.
Karlsruhe, 10. Februar 1906.

Badischer Landtag.

21. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer
am Donnerstag den 8. Februar 1906.

Tagesordnung:

Anzeige neuer Eingaben. Sodann

1. Wahl des ersten Vizepräsidenten.
2. Allgemeine Diskussion über das Finanzgesetz, und damit in Verbindung:
3. Beantwortung der Interpellation der Abgg. Bechtold und Genossen, die neuen Reichssteuervorlagen betr. — Drucksache Nr. 24 — (Fortsetzung).

Am Regierungstisch: Staatsminister Dr. Frhr. v. Dusch, Minister des Innern Dr. Schenkel, Präsident des Großh. Ministeriums der Finanzen Geh. Rat Becker, Geh. Rat Reinhard, Präsident des Großh. Ministeriums des Großh. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten, Frhr. v. Marschall und Geh. Oberfinanzrat Dr. Nicolai.

Präsident Dr. Wilckens eröffnet die Sitzung um 9 Uhr 20 Min.

Es werden verlesen folgende Einläufe:

1. Bitte der badischen Brückenwärter um etatmäßige Anstellung bzw. um Gewährung einer Teuerungszulage.
2. Bitte der weiblichen Eisenbahnbeamten um Verbesserung ihrer Anstellungsverhältnisse.
3. Bitte der Stationswarte um Einreihung in Gehaltsklasse K 8.
4. Bitte des Vorstandes des „Badischen Lehrervereins“ um entsprechende Regelung der Gehaltsverhältnisse der Hauptlehrer und Hauptlehrerinnen an den badischen Volksschulen und um Abänderung einiger Bestimmungen des Gesetzes über den Elementarunterricht.

Auf Vorschlag des **Präsidenten** werden Ziffer 1 bis 3 der Budgetkommission, Ziffer 4 der Schulkommission überwiesen.

5. Schreiben des Herrn Staatsministers und Ministers der Justiz, des Kultus und Unterrichts mit 75 Exemplaren des Heftes I der Badischen Schulstatistik.
6. Schreiben des Großh. Staatsanwalts in Waldshut mit dem Ersuchen um Mitteilung einiger Aktenstücke zu der Untersuchungssache gegen Pfarrer Geisert in Gündelwangen.

Da die Akten sich nicht mehr bei der Kammer befinden, soll das Ersuchen an das Großh. Ministerium des Innern weitergeleitet werden.

Hierauf wurde in die Tagesordnung eingetreten.

Bei der Wahl des 1. Vizepräsidenten (Ziffer 1 der Tagesordnung) erhielten: Abg. Zehnter (Zentr.) 51 Stimmen, Abg. Gießler (Zentr.) 2 Stimmen und Abg. Dr. Schofer (Zentr.) 2 Stimmen.

Abg. Zehnter nimmt die Wahl dankend an.

Zu Ziff. 2 u. 3 der Tagesordnung erhält nach einer Mahnung des Präsidenten, daß die kommenden Redner sich möglichst kurz fassen möchten, das Wort:

Abg. Dr. Heimburger (Dem.): Unsere sogenannte Finanzdebatte hat sich eigentlich auf dem Gebiete der Finanzen außerordentlich wenig bewegt. Meistens sind politische Fragen Gegenstand unserer Erörterungen gewesen. Ich werde auch meinerseits nur auf einige kurze Darlegungen über die Finanzlage unseres Landes mich beschränken.

Vom Herrn Finanzminister sowohl, als auch von dem Herrn Präsidenten der Budgetkommission ist unsere Finanzlage als eine außerordentlich kritische, oder wie man jetzt sagt, außerordentlich gespannte hingestellt und deshalb uns die größte Sparsamkeit zur Pflicht gemacht worden. Ich muß nun sagen: Gewiß ist es die Pflicht der Volksvertretung, Sparsamkeit walten zu lassen, ich glaube aber, anderseits ist es nicht richtig, da, wo es im Interesse des Landes, im Interesse des allgemeinen Wohles liegt, knauserig zu sein. Und ich fürchte, die Schwarzmalereien sollen die Wirkung hervorbringen, daß wir auch in solchen Ausgaben, die wir durchaus für wünschenswert und nötig halten, uns zurückhaltender zeigen, als es von vornherein unsere Ansicht war. Es ist ja richtig, daß wir nicht in einem der sieben fetten Jahre leben, aber doch auch nicht in einem der sieben mageren Jahre. Es ist eine unverkennbare Besserung der Finanzlage bemerkbar; die Einnahmen steigen von Jahr zu Jahr, und wir dürfen doch wohl hoffen, daß, wenn erst wieder festere handelspolitische Beziehungen eingetreten sind und auch die Weltlage besser geworden ist, dies auf die Finanzlage der Einzelstaaten günstig einwirkt. Uns schweben ja allerdings als Schreckgespenst vor die Forderungen des Reiches an uns. Es wird gesagt: wenn die Reichsfinanzreform nicht zustande kommt, ist unsere Finanzlage außerordentlich gefährdet, da dann Matrikularbeiträge gefordert werden in einer Höhe, wie wir sie bisher nicht gekannt haben. Die vorgelegte Finanzreform ist aber derart — und man muß wohl kaum befürchten, daß sie in der Weise, wie sie dem Reichstage zugegangen ist,

auch angenommen wird —, daß sie auch im Fall der Annahme unsere badische Finanzlage schwerlich groß bessern würde. Ich erinnere insebesondere an die Biersteuer: Wenn diese angenommen wird, so werden wir eben einen großen Teil der Erträgnisse unserer Biersteuer aufgeben müssen.

Was die anderen Steuern betrifft, so scheinen sie mir — und ich glaube da im Namen aller meiner politischen Freunde zu sprechen — fast durchweg unannehmbar. Die Tabaksteuer, die Frachtbrief- und Urkundensteuern und die Personenfahrkartensteuer sind steuerpolitische Experimente, die man nicht machen sollte; sie entsprechen jedenfalls dem nicht, was man sonst immer als Richtschnur für eine gesunde Steuerpolitik hinstellt, nämlich daß die Leistungsfähigen getroffen und die weniger Leistungsfähigen frei gelassen werden sollen. Ich will auf diese einzelnen Steuerprojekte nicht näher eingehen, aber eins muß ich noch hervorheben: eine Personenfahrkartensteuer scheint mir mit doch das non plus ultra der neuen deutschen Steuerpolitik zu sein. Ich hätte nicht gedacht, daß man, wo jetzt überall über Eisenbahntarifreform verhandelt wird, mit einer solchen Steuer kommen würde, und ich muß sagen, ich sehe darin eine Gefährdung unserer badischen Tarifreformpolitik. Wir sind ja nicht gewillt, die vierte Wagenklasse in unserm Eisenbahnwesen einzuführen; nun ist aber die Vorlage gerade auf ein Eisenbahnsystem mit vierter Klasse zugeschnitten. Auch scheint es, daß dadurch unsere Kilometerhefte beseitigt werden sollen. Denn ich kann nicht verstehen, wie die beabsichtigte Art der Besteuerung bei dem Kilometerheft soll durchgeführt werden können.

Die schlimme Finanzlage des Reiches kommt hauptsächlich daher, daß immer und immer wieder neue Anforderungen zu militärischen und Marinezwecken gemacht werden. Wir stehen nun nicht auf dem Standpunkte, daß man jede Forderung für Marine- und Heereszwecke für schädlich oder überflüssig halte. Auch wir sind selbstverständlich der Meinung, was zur Verteidigung unseres Landes, was zur Wehrhaftmachung des Reiches notwendig ist, muß bewilligt werden, und die Kosten dafür müssen aufgebracht werden. Ich stehe auch nicht auf dem Standpunkt, den Herr Abg. Eichhorn kürzlich mit einer gewissen Kühnheit vertreten hat, indem er gesagt hat, es drohe uns keine Gefahr einer kriegerischen Verwicklung. So optimistisch sehe ich die Weltlage nicht an. Ich halte es nicht für ausgeschlossen, daß eine kriegerische Verwicklung kommt, und für einen solchen Fall muß man gerüstet sein. Es wäre aber wohl auch Sache der Regierung, Vorschläge zu machen, wie ohne die Wehrkraft des Reiches zu beeinträchtigen, da und dort gespart werden könnte, und es wäre auch ein Ziel wahrhaft staatsmännischer Tätigkeit, dahin zu wirken, daß dieses Wettrüsten der europäischen Kulturvölker aufhört. Man wird das als Aeußerungen eines Ideologen bezeichnen. Meine feste Ueberzeugung ist es jedenfalls: Die harte Not wird die europäischen Kulturvölker zwingen, endlich sich zu fragen, ist es der Stufe unserer Kultur würdig, die besten Kräfte darauf zu verwenden, uns Mittel zu schaffen, wodurch wir uns gegenseitig bekriegen können, und uns der Mittel zu berauben, welche wir nötig hätten, unsere eigentlichen Kulturaufgaben zu erfüllen.

Es wird dann insbesondere gerade das Anwachsen unserer Eisenbahnschuld immer als Grund hingestellt, weshalb wir mit besonderer großer Sorge in die Zukunft sehen müssen. Ich meine, gerade die Entwicklung des Eisenbahnwesens sollte uns doch zeigen, daß wir hier nicht Grund zu großer Besorgnis haben. Unser Eisenbahnwesen hat, was die finanzielle Seite betrifft, im letzten Jahre wieder einen ganz erfreulichen Aufschwung genommen. Es wird uns allerdings im Voranschlag in Aussicht gestellt, daß wir etwa nur 18 Millionen Reineinnahmen haben werden. Aber ich glaube, diese Sorge brauchen wir nicht zu haben; denn wenn wir im Jahre 1904 schon 27,4 Millionen Reineinnahmen gehabt haben, darf gewiß nicht befürchtet werden, daß diese jetzt zurückgehen. Die Bruttoeinnahmen sind auf 81 Millionen veranschlagt, 1904 hatten wir schon 83 Millionen. Wir dürfen fest überzeugt sein, daß diese 1905 höher sein werden und daß sie in den beiden Budgetjahren, wofür wir jetzt unser Budget aufstellen, noch höher sein werden.

Vor der Zunahme der Eisenbahnschulden, die uns immer als Schreckgespenst hingestellt wird, habe ich die Angst nicht, die man so gern bei uns hervorbringen möchte. Gewiß sind unsere Eisenbahnschulden in dem letzten Jahrzehnt gewachsen, aber unser Eisenbahnnetz hat sich auch vergrößert; es ist viel mehr Geld in unser Eisenbahnnetz hineingesteckt und damit zinstragend angelegt worden, als unsere Eisenbahnschuld zugenommen hat. Man sagt uns freilich, was wir zunächst auszugeben haben, sind große Ausgaben für die Bahnhöfe, und die werden nicht in dem Maße zinstragend wirken und sich rentieren, wie die Erstellung neuer Bahnlinien. Das ist bis zu einem gewissen Grade richtig; aber man braucht große Bahnhöfe nur, weil der Verkehr ungeahnt zugenommen hat, und weil man darauf rechnet, daß er in Zukunft noch mehr zunehmen wird; dadurch werden auch die Einnahmen größer werden. Dann darf darauf hingewiesen werden, daß in nächster Zeit wieder Bahnen fertig werden, für die wir zu einem großen Teil das Geld schon ausgegeben haben. Wenn diese Bahnlinien erstellt sind, werden die Einnahmen daraus der Eisenbahnkasse wieder zugute kommen. Ich bin fest überzeugt, daß wir die in Aussicht gestellte 100 Millionen Schuldenvermehrung nicht im vollen Umfange bekommen werden; ich bin fest überzeugt, daß ein großer Teil dieser neuen Ausgaben nicht aus neuen Darlehensmitteln aufgebracht werden muß, sondern aus den Ueberschüssen des Ertrages wird aufgebracht werden kann. Es wird ja gerade mit dieser schlechten Lage der Eisenbahnfinanzen auch motiviert, daß man aus den allgemeinen Staatsmitteln immer einen Zuschuß zur Eisenbahnschuldentilgungskasse geben muß, und aus diesem Grunde hat man auf dem letzten Landtage auch eine Steuererhöhung vorgenommen. Der Präsident der Budgetkommission hat ja diese Frage in seinem Vortrage auch wieder gestreift. Er hat gemeint, es zeige sich jetzt, wie notwendig die damalige Steuererhöhung war; ohne diese hätten wir erstens die Mittel nicht gehabt, unsern Etat so aufzustellen, wie wir es jetzt getan haben, und zweitens hätten wir auch eine größere Schuld. Beides kann wohl nicht richtig sein; man kann nur sagen entweder — oder.

Wir haben, als wir auf dem letzten Landtage gegen die Steuererhöhung eingetreten sind, zugleich den Antrag gestellt, die 2 Millionen, die aus der allgemeinen Staatskasse in die Eisenbahnschuldentilgungskasse geflossen sind, nicht hinüberzunehmen, sondern für die allgemeine Staatskasse zu lassen. Es wäre, wenn die Steuererhöhung nicht eingetreten wäre, die allgemeine Staatskasse nicht schlimmer daran, als sie jetzt ist; es wären nur 2 Millionen mehr Eisenbahnschulden vorhanden. Wir hätten eine Eisenbahnschuld von 420 statt von 418 Millionen. Das würde ich für ein großes Unglück nicht halten. Wir haben ohnedies mehr abtragen können, als zu Beginn des letzten Landtages in Aussicht gestellt war.

Ich will mich nun auf das politische Gebiet begeben. Herr Kollege Fehrenbach hat in seinen politischen Ausführungen auch das Verhältnis der Demokratie zu seiner Partei besprochen und hat daran einige Bemerkungen geknüpft, die mir zu einer Erwiderung Anlaß geben. Er hat eigentlich die beste Rechtfertigung unseres Verhalten

gegenüber dem Zentrum in seiner Rede selbst gegeben. Er hat zugegeben, früher sei das Zusammengehen der beiden Parteien eine politische Notwendigkeit gewesen. Er hat zugegeben, daß das in dem Maße jedenfalls nicht mehr der Fall war, als wir das direkte Wahlrecht erreicht hatten. Er hat weiter gesagt, es ist ganz natürlich, daß sich da wieder mehr zusammenfand, was seiner ganzen inneren Grundrichtung nach zusammen gehörte. Er hätte auch noch hinzusetzen können, daß auch in der Zeit, als Zentrum und Demokratie bei den politischen Wahlen zusammengingen, man sich in beiden Lagern darüber klar war, daß dieses Zusammengehen nicht für die Ewigkeit berechnet war, daß es vielmehr nur zu einem bestimmten Zweck geübt wurde, mit dessen Erreichung auch die Wege beider Parteien sich wieder trennen würden. In unserem Lager hat darüber kein Zweifel bestanden, und ich glaube, im Zentrumslager auch nicht. Ich wenigstens habe jede Gelegenheit benützt, um, insbesondere, wenn ich zu Zentrumswählern sprach, auch auf die Gegensätze, die zwischen uns bestehen, hinzuweisen, und auch darauf hinzuweisen, daß, wenn diese Gegensätze einmal aktuell würden, selbstverständlich das Verhältnis beider Parteien zu einander ein anderes werden würde.

Also, wir haben einander nichts vorgemacht und nun, wo die Verhältnisse anders geworden sind, ist es klar, daß auch unsere Wege sich trennen mußten. So war das Verhältnis nicht, wie der Herr Abg. Fehrenbach so durchblicken ließ, als ob wir gewissermaßen Herberge beim Zentrum gesucht und gefunden hätten. Das Zentrum haben wir nie als unseren Herbergsvater betrachtet und das Zentrum uns nicht als seine Gäste. Es war deshalb übel angebracht und nur auf persönliche Kränkung berechnet, wenn vor einigen Tagen der Herr Kollege Fehrenbach unserem Kollegen Muser gegenüber den Vers zitiert hat aus dem Studentenlied: „Für gute Herberg Tag und Nacht, sei dir ein „Pereat" gebracht." Bekanntlich heißt es aber: „Für schlechte Herberg . . . ." Dieser Vers ist nämlich an den Karzer gerichtet und den hat bis jetzt niemand als gute Herberge betrachtet. Es war also unvorsichtig vom Herrn Kollegen Fehrenbach, so zu zitieren. (Zuruf des Abg. Fehrenbach: In unseren Volksliedern scheinen Sie nicht bewandert zu sein!) Jedenfalls war diese Anführung des Herrn Fehrenbach unberechtigt, da das Zentrum jederzeit erklärt hat, daß es uns nicht um unserer schönen Augen willen unterstütze, daß wir ihm keinen Dank für seine Unterstützung schuldig sind.

Der Herr Kollege Fehrenbach hat bedauert, daß sein Vorgänger in der Führung der Fraktion nicht hier sitze, weil der besser als er kompetent wäre, über diese Verhältnisse zu sprechen. Ich teile dieses Bedauern. Gerade Herr Wacker hat jederzeit erklärt, von einem Dankverhältnis kann keine Rede sein: wenn wir die Demokraten unterstützen, so tun wir das, weil sie uns in der gegenwärtigen politischen Lage das kleinere Uebel sind, und sobald die politische Lage nicht mehr dieselbe sein würde, würde sich das ändern. Die Herren hätten auch an demselben Tag, wo sie in der Lage gewesen wären, einen der Wahlsitze, die wir mit ihrer Hilfe erlangt haben, für das Zentrum zu bekommen, selbstverständlich Hand darauf gelegt und ihn für sich in Anspruch genommen. Deshalb braucht man auch nicht davon zu reden, als ob etwa schlechter Dank von unserer Seite nunmehr dargebracht würde.

Herr Fehrenbach hat dann gemeint, um unsere Trennung vom Zentrum plausibel zu machen, hätten wir insbesondere auf zwei Punkte abgehoben: auf die Haltung des Zentrums in der Budgetfrage, und darauf, daß das Zentrum jetzt angeblich eine Regierungspartei geworden sei. Um unsere Haltung plausibel zu machen, brauchten wir nicht Gründe zu suchen, die wirklich nicht existierten, sondern wir durften nur auf die veränderte politische Lage hinweisen, und dabei mußte jedem klar werden, welche politische Haltung wir einzunehmen hätten; irgend welche Vorwände haben dabei keine Rolle gespielt. Ja, wenn wir es bloß auf Mandatgewinne abgesehen hätten, dann hätten wir vielleicht diese Haltung nicht eingenommen. Ich bin überzeugt, wenn wir mit dem Zentrum zusammen diese Wahlschlacht geschlagen hätten, würden wir in etwas größerer Anzahl hier sitzen, als jetzt; aber wir hätten uns dann einer großen politischen Sünde schuldig gemacht, denn wir hätten die Sache verraten, der wir unser Leben lang gedient haben. Wir haben mit dem Zentrum nicht deshalb politische Geschäfte gemacht, um die politischen und kirchlichen Grundsätze des Zentrums zur Herrschaft kommen zu lassen. Wir sind zusammengegangen aus den Gründen, die der Herr Kollege Fehrenbach angegeben hat, um das direkte Wahlrecht zu bekommen, um liberale politische Forderungen in unserem engerem Vaterland durchzusetzen. Aber wir haben wohl gewußt, wenn das Zentrum zur Herrschaft käme, dann würden jene Grundsätze des Zentrums im Vordergrunde stehen, die wir für falsch halten und nach unserer demokratischen Ueberzeugung bekämpfen müssen und bekämpfen werden, solange wir dazu imstande sind. Also, es ist die politische Notwendigkeit, es ist eine politische Pflicht für uns gewesen, daß wir jetzt gegen das Zentrum aufgetreten sind.

Daß die Haltung des Zentrums in der Budgetfrage unserer politischen Ueberzeugung nach eine verfehlte war, brauchen wir nicht näher auseinander zu setzen. Der Vorwurf, daß das Zentrum eine Regierungspartei geworden sei, ist nicht so tragisch zu nehmen. Es ist an und für sich kein Makel, eine Regierungspartei zu sein; ich wollte, wir hätten eine demokratische Regierung, so daß wir auch einmal Regierungspartei sein könnten (Heiterkeit.) Das wird aber wohl sehr lange noch nicht kommen. Wenn dieser Vorwurf erhoben wurde, so hat es sich mehr auf die Haltung des Zentrums im Reichstage, als im badischen Landtag bezogen. Hier ist das Zentrum — das kann man eigentlich nach dem, was wir gestern von beiden Seiten gehört haben, wohl sagen —, hier ist es keine Regierungspartei. Aber eine andere Frage ist es, ob von seiten des Zentrums nicht manchmal in einer Weise aufgetreten wurde, daß nach außen hin der Anschein erweckt werden konnte, als fühle man sich schon zwar noch nicht ganz als Regierungspartei, aber doch als die Partei, die schon die Klinke zum Regierungszimmer in der Hand hat, und nur noch aufzudrücken braucht, um davon Besitz zu nehmen; ja, manche Kundgebung aus jenen Tagen hat sich schon wie eine Thronrede gelesen (Heiterkeit.)

Der Herr Kollege Fehrenbach hat ja freilich versichert, ebenso wie Herr Wacker, die Herren wollen nicht die Ministersessel einnehmen. Aber man kann seine Macht auch ausüben, ohne dort droben zu sitzen. Es ist ja auch manchmal schon der Anschein erweckt worden, als ob das Zentrum regierende Partei wäre. Eine Oppositionspartei pflegt vor allem darauf zu halten, daß die freie politische Bewegung der Beamten gewahrt werde; man hat aber gerade in den Zentrumsblättern sehr oft das Gegenteil lesen können, insbesondere als das Abkommen des Blocks mit der Sozialdemokratie abgeschlossen war; da war gar oft in sehr leicht verständlicher Weise die Frage aufgeworfen: was wohl eine andere, z. B. die preußische Regierung tun würde, wenn Staatsangestellte — Professoren, Landgerichtsräte usw. — ein solches Bündnis mit der Sozialdemokratie abschließen und öffentlich dafür eintreten würden. So handelt eine Oppositionspartei nicht; so handelt eine Partei, die glaubt, daß ihr eigentlich schon

die Regierungsgewalt zur Verfügung stehe — und das muß uns sehr stutzig machen.

Es ist uns dann vorgeworfen worden, daß, seitdem wir nicht mehr mit dem Zentrum zusammengehen, auch wir uns gewissermaßen geändert hätten; es ist vom Herrn Abg. Fehrenbach hervorgehoben worden, in manchen Wahlversammlungen habe nach oder vor den demokratischen Rednern auch ein Oberamtmann gesprochen. Was soll das gegen uns beweisen? Ich habe ja schon durch einen Zwischenruf darauf hingewiesen, daß nie ein Oberamtmann in den Wahlversammlungen etwa für uns gesprochen hat. Es wäre das ja an und für sich zwar kein Verbrechen; ich muß aber gestehen, es ist mir immer lieber, man läßt uns unsere Agitation selber machen; wir brauchen dazu nicht die Hilfe eines Oberamtmanns. Dagegen kam es allerdings vor, daß ein Oberamtmann gesprochen hat, wenn wir in einer Wahlversammlung für einen nationalliberalen Kandidaten eingestanden sind. Wir dürfen doch nicht etwa gar den Grundsatz aufstellen, ein Demokrat darf nicht in einer Versammlung sprechen, in der auch ein Regierungsbeamter spricht! Es ist uns ganz gleichgültig, wer neben uns in derselben Versammlung spricht, ob ein Regierungsbeamter, ein Sozialdemokrat oder ein Pfarrer!

Es ist natürlich mit ein Grund zur Trennung gewesen, daß eben jetzt mehr die konfessionelle Seite des Zentrums herauskommt, weil die politischen Forderungen, zum Teil wenigstens, durch das direkte Wahlrecht erfüllt wurden. Der Herr Abg. Fehrenbach hat sich zwar dagegen verwahrt, daß das Zentrum eine konfessionelle Partei sei. Es kommt eben sehr darauf an, wie man den Charakter einer konfessionellen Partei definiert. Aber im allgemeinen darf man doch wohl sagen: das Zentrum wendet sich immer nur an die Katholiken, es spricht immer nur von Katholiken, und es hat neben seinen politischen Forderungen insbesondere kirchenpolitische Forderungen, die wesentlich die Rechte der katholischen Kirche vertreten sollen. Es wendet sich ja auch immer nur an die katholischen Pfarrämter, wenn es im Wahlkampfe Hilfe sucht; jenes bekannte Rundschreiben über die Presse ist ja nur an die katholischen Pfarrämter — es ist nicht etwa auch an einzelne evangelische Pfarrämter ergangen. (Lebhafte Heiterkeit.) Daß wohl gar ein Rabbiner damit sollte beglückt worden sein, ist von vornherein ausgeschlossen.

Der konfessionelle Charakter des Zentrums geht doch auch daraus hervor, daß man auf jener Seite die ganze Bevölkerung in konfessionelle Vereine organisieren und gegen außen abschließen will. Hierdurch erregen Sie das Mißtrauen der andersgläubigen Bevölkerung und müssen natürlich dann auch Aeußerungen dieses Mißtrauens entgegennehmen.

Der Herr Abg. Fehrenbach hat allerdings gehofft, es werden auch noch Protestanten dem Zentrum beitreten. Die Tore stehen also offen — aber das Gewimmel der Eintretenden ist bis jetzt nicht sehr groß (Heiterkeit) und ich glaube, so lange das Zentrum diese konfessionelle Politik verfolgt, wird es auch in Zukunft kein großes Gedränge geben.

Es wird oft behauptet: das Zentrum und etwa noch die Konservativen vertreten die christliche Weltanschauung und wir, auf der entgegengesetzten Seite, sind die Vertreter der entchristlichen Weltanschauung. Es ist dem Herrn Kollegen Obkircher letzthin sehr übel genommen worden, weil er gemeint hat, eigentlich stehen wir alle hier auf derselben christlichen Weltanschauung. Auch hier kommt es darauf an, was man unter christlicher „Weltanschauung" versteht. Wenn man hierunter die Meinung darüber versteht, was eigentlich der Grund der Welt ist, nach welchen Gesetzen die Welt entstanden ist, und nach welchen Gesetzen alles in der Welt vor sich geht, dann werden allerdings verschiedene Weltanschauungen unter uns existieren. Das hat der Herr Abg. Obkircher aber gewiß nicht gemeint; er hat gewiß ausdrücken wollen, was man ja auch als Weltanschauung bezeichnet hat: wir stehen gewiß alle auf dem Boden der modernen Kultur, die allerdings aus der Wurzel des Christentums hervorgewachsen ist — und in dieser Hinsicht haben wir zweifellos eine gemeinsame Weltanschauung. Welche Weltanschauung nun im einzelnen der Weltanschauung Christi näher steht, darüber kann man streiten (Sehr gut!). Sie (zum Zentrum) sagen gewiß: unsere Weltanschauung ist diejenige, welche Christus selbst propagiert hat; andere sind anderer Ansicht — und ein mathematischer Beweis für die Richtigkeit oder Unrichtigkeit dieser Behauptungen wird sich wahrscheinlich nicht führen lassen.

Meine Ueberzeugung ist die, das Werk, das Christus in religiös-sittlicher Beziehung geschaffen hat, das wird ewig unverloren sein. Aber ob auch die einzelnen Religionsgemeinschaften, die auf seinen Namen sich berufen und glauben, in seinem Sinne zu wirken, ewig bestehen werden, das ist eine andere Frage, die erst die Zukunft wird entscheiden können. Ja wenn Christus heute lebte, wenn er unter uns träte, ich weiß nicht, ob er auf den Zentrumsbänken Platz nehmen würde. (Große Heiterkeit). Den „Waldmichel" würde er sicher nicht geschrieben haben. (Abg. Dr. Schofer: Dafür gibt es auch keinen mathematischen Beweis). Nein, einen mathematischen Beweis gibt es dafür nicht. Ich will auch diese Behauptung nicht beweisen, ich überlasse das Urteil über ihre Richtigkeit dem Gefühl jedes Einzelnen.

Und noch eins: Christus war nicht nur das sanftmütige Lamm, das alles geduldet hat, er konnte, wenn er einmal etwas Verwerfliches sah, auch recht unangenehm werden, und Sie wissen, wie er, als er in den Tempel kam und dort die Geldwechsler und andere Geschäftsleute traf, sehr energisch eingegriffen hat. Was meinen Sie, was er getan hätte, wenn er in jene bairische Sakristei gekommen wäre, als darin das Bündnis zwischen der Sozialdemokratie und dem Zentrum abgeschlossen wurde? (Heiterkeit).

Es ist dann insbesondere das Wahlbündnis des Blocks mit der Sozialdemokratie angegriffen worden sowohl vom Zentrum als auch von dem Herrn Staatsminister und dem Herrn Minister des Innern. Es ist mit Recht gesagt worden, daß wir, als wir dieses Wahlbündnis schlossen, nicht nach der Regierung fragten, und auch die Regierung keinen Ratschlag erteilte. Die liberalen Parteien haben den Abschluß des Wahlbündnisses fast einstimmig beschlossen. Für uns ist ein solches Bündnis nichts neues; wir haben auch schon solche Bündnisse geschlossen; aber wir haben nie bemerkt, daß es den Herren vom Zentrum unangenehm war, wenn wir mit den Sozialdemokraten ein solches Bündnis gegen die Nationalliberalen geschlossen haben; so z. B. im Jahre 1897, wo wir hier in Karlsruhe mit den Sozialdemokraten zusammen gegen die Nationalliberalen kämpften. Im Gegenteil, wir haben aus dem Lager des Zentrums heraus, zwar nicht offiziell, aber nicht weniger wirksam, eine sehr dankenswerte Hilfe dabei bekommen.

Auch die nationalliberale Partei hat besser daran getan, daß sie dieses Wahlbündnis abgeschlossen hat, als wenn sie der von Stuttgart aus ergangenen Einladung des Herrn Wacker zu einem Uebereinkommen mit dem Zentrum gegen die Sozialdemokraten gefolgt wäre. Der Herr Abg. Fehrenbach hat zu diesem Punkte erklärt, wer Herrn Wacker kenne, wisse, daß er ein zuverlässiger Politiker sei, auf dessen Wort man sich verlassen könne. Deshalb sei nicht zu glauben, daß er Hintergedanken bei dieser Einladung gehabt hätte. Ich kann das allerdings

aus langjähriger Erfahrung im Zusammenarbeiten mit Herrn Wacker nur bestätigen. Herr Wacker ist ein Mann, auf dessen Wort man sich verlassen kann. Daraus darf man aber nicht den Schluß ziehen, daß, wenn er einen Rat gibt, man ihn befolgen muß. Denn er gibt den Rat von seinem Standpunkt aus, um das zu erreichen, was er für richtig hält, und wenn er der nationalliberalen Partei Ratschläge geben wollte, so hat er dabei auch im Sinne derjenigen Grundsätze gehandelt, die er von jeher verfolgte; ob aber diese die richtigen sind für die Nationalliberalen, das ist eine andere Frage. (Heiterkeit.) Ich glaube, wenn jenes Bündnis zustande gekommen wäre, wenn die nationalliberale Partei und etwa gar noch weiter links stehende Parteien ein Bündnis mit dem Zentrum und den Konservativen gegen die Sozialdemokratie abgeschlossen hätten, so hätte allen Vorteil davon lediglich die Reaktion gehabt. Die liberalen Grundsätze hätten dabei zurücktreten müssen. Dann wäre auch eine Dämmerung hereingebrochen, wie der Herr Minister sich ausgedrückt hat, aber nicht eine Dämmerung, auf die der lichte helle Tag folgt, nicht eine Morgendämmerung, sondern eine Abenddämmerung, auf die die Nacht folgt. (Heiterkeit.)

Man hat der Regierung die Mitschuld an diesem Bündnis zugeschoben. Ich kann aber dazu nur erklären, daß die Haltung der Regierung auf unsere Entschlüsse keinerlei Einfluß gehabt hat.

Und dann wird gegen Diejenigen, die dieses Wahlbündnis abgeschlossen haben, noch eine Aeußerung des Reichskanzlers Fürsten Bülow ins Feld geführt. Bülow hat damals nicht in seiner Eigenschaft als Reichskanzler, sondern als preußischer Ministerpräsident gesprochen. Nun nimmt es sich merkwürdig aus, wenn der Regierung immer wieder vorgehalten wird, die Worte des preußischen Ministerpräsidenten dürften ihr nicht gleichgültig sein, als ob die Regierung so tanzen müsse, wie aus dem Herrenhaus heraus der preußische Ministerpräsident pfeift, als ob gewissermaßen ein Rüffel von Berlin nach Karlsruhe gekommen wäre. Ein Rüffel kann nur einem Untergebenen erteilt werden, und daß der preußische Ministerpräsident die Rolle eines Vorgesetzten gegenüber der bad. Regierung einzunehmen hätte, haben wir bisher nicht gewußt.

Im übrigen hat es mich eigentümlich berührt, daß besonders die Großh. Regierung sich so heftig gegen das Blockabkommen ausgesprochen hat. Ich meine, die Großh. Regierung sollte eigentlich recht froh sein, daß dieses Abkommen geschlossen worden ist. Was wäre geschehen, wenn es nicht abgeschlossen worden wäre? Man hätte hier eine kompakte Mehrheit, bestehend aus Zentrum und vielleicht 3 oder 4 Konservativen. Nun, meine Herren, (zum Regierungstisch gewendet), glauben Sie, daß Sie mit dieser Mehrheit diejenige Politik machen können, die Sie nach Ihrer gemäßigt liberalen Gesinnung für nützlich halten für das badische Land? Oder glauben Sie etwa, daß Sie bei einer gemäßigt liberalen Regierung vom Zentrum und den Konservativen unterstützt worden wären? Das Zentrum erklärt allerdings, es wolle die Minister nicht stürzen, es selber wolle nicht die Leute stellen, die an jener Stelle dort sitzen, und das darf man auch annehmen. Aber es ist zugleich von den maßgebenden Politikern des Zentrums erklärt worden, man dürfe erwarten, daß die Regierung „den veränderten Verhältnissen Rechnung trage". Das war ein sehr deutlicher Wink. Ich glaube nicht, daß die Herren, die jetzt dort sitzen, bereit gewesen wären, den veränderten Verhältnissen so Rechnung zu tragen, wie es im Zentrum gemeint gewesen ist; sie hätten ihre liberale Politik sonst aufgeben können.

Der Herr Staatsminister hat dann an die Nationalliberalen besonders warme Worte gerichtet, sie sollten hübsch gemäßigt liberal bleiben, — „Laß nicht vom Linken Dich umgarnen", war der Kern eines Teils seiner Rede, — und sollten sich insbesondere nicht vom nationalen Wege abdrängen lassen. Er hat sogar gefunden, daß die nationalliberale Presse hier und da Aeußerungen tue, die mit nationalen Prinzipien nicht in Einklang zu bringen seien. Nun, ich weiß nicht, was das für Aeußerungen sind, wenn aber die manchmal temperamentvollen Aeußerungen in nationalliberalen Blättern gegen das Eisenbahn-Abkommen mit Preußen gemeint sind, so kann ich darin nichts Antinationales finden. Ich glaube, das kann auch der nationalgesinnteste Mann mitmachen, ohne seinen Prinzipien irgend etwas zu vergeben. Partikularistische Gründe sind es nicht, die uns dazu bringen, in dieser Frage einen solchen Standpunkt einzunehmen.

Nicht darauf kommt es an, daß der Nationalliberalismus hübsch gemäßigt bleibt und immer den nationalen Standpunkt hervorkehrt, sondern darauf, daß er den liberalen Standpunkt mehr hervorhebt, als in den letzten Jahrzehnten da und dort geschehen ist. „Laß nicht vom Linken dich umgarnen", hat vielleicht auch heißen sollen, hüte dich vor dem Jungliberalismus". Ich bin nicht in allen Punkten einverstanden mit den Jungliberalen. Ihre Stellung in kirchenpolitischen Fragen halte ich nicht für richtig. Aber das große Verdienst kann ihnen nicht abgesprochen werden, daß sie gerade durch strengere Betonung des liberalen Standpunktes wieder Leben in die liberalen Wählermassen hineingetragen, wieder Begeisterung für den Liberalismus geweckt haben, und daß sie es allein auf diese Weise erreicht haben, daß der Liberalismus nicht in eine hoffnungslose Minderheitsstellung in diesem Landtag hineingedrängt ist.

Es ist dann vom Herrn Minister daraufhin gewiesen worden (ähnlich wie Wacker in Stuttgart es getan hat), die staatserhaltenden Parteien sollten sich zusammenfinden, die bürgerlichen Parteien sollten ein großes Heer gegen die Sozialdemokratie bilden. Ich würde das für das verkehrteste und verderblichste halten, was geschehen könnte. Ich habe schon darauf hingewiesen, daß die liberalen Grundsätze daraus nur den größten Schaden hätten. Ich möchte aber auch fragen: glaubt der Minister wirklich, daß eine solche Politik vom nationalen Standpunkt nützlich wäre? heißt es wirklich nationale Politik treiben, wenn man das Volk gewaltsam in zwei Nationen auseinanderreißt, wenn auf der einen Seite die bürgerlichen und die besitzenden Parteien stehen und auf der anderen Seite die große Masse der Besitzlosen, wodurch letztere alle der Sozialdemokratie in die Arme getrieben würden? Und wenn diese Leute im sozialdemokratischen Lager stehen und Tag für Tag vor Augen geführt erhalten: seht, ihr werdet überall als Bürger zweiter Klasse behandelt, mit euch kann man nicht verkehren, euch betrachtet man als Leute, mit denen keine Bündnisse zu schließen sind, wie soll da irgendwelche nationale Gesinnung in den Kreisen der Sozialdemokraten hervorgerufen werden? Ich glaube gerade das Gegenteil ist der Fall. Gerade durch eine solche Politik gegen die Sozialdemokratie würde man aus den großen Massen unserer Arbeiterschaft, die noch sehr viel gut nationales und vaterländisches Empfinden hat, das sie nur anders ausdrückt, als andere Leute, die nationale Gesinnung hinaustreiben, man würde sie allmählich dazu bringen, daß sie sagen: Ja, wenn in diesem Vaterland alles gegen uns zusammensteht, wenn man uns als Rechtlose, als Gebrandmarkte behandelt, mit denen keine Gemeinschaft möglich ist, warum sollen wir für dieses Vaterland eintreten? Wenn man dagegen in dieser Arbeiterschaft, auch soweit

sie sozialdemokratisch ist, das Gefühl erweckt, daß auch sie Bürger sind, daß ein Zusammengehen mit ihnen möglich ist, wie mit jeder anderen Partei, dann werden wir ein nationales Werk tun, dann werden wir dafür sorgen, daß auch die nationalen Interessen unseres Reiches und unseres engeren Vaterlandes gewahrt werden! — Wir und ein großer Teil der nationalliberalen Wählerschaft würde eine solche Politik nie mitmachen. Es ist eine irrige Meinung, daß die nationalliberale Wählerschaft nur eine gemäßigte Politik haben wolle. Gerade das Umgekehrte ist der Fall: Wir haben im Wahlkampf oft die Erfahrung gemacht, daß auch sehr energisch liberale und demokratische Reden in der nationalliberalen Wählerschaft ein sehr lebhaftes Echo gefunden haben. Wenn die Erwartungen, die diese Wähler aus dem erweiterten liberalen Auftreten der nationalliberalen Partei geschöpft haben, getäuscht würden, wenn die nationalliberale Partei wieder nur nach oben blicken wollte und das nach liberalen Taten verlangende Volk mit nationalen Phrasen abspeisen wollte, dann würde das die Wählerschaft von ihr abwenden und sie ihren Anschluß weiter links suchen.

Was unsere Stellung zur Großh. Regierung betrifft, so ist sie ja von selbst gegeben. Der Herr Minister des Innern hat gestern hier zu erkennen gegeben, daß ihn seine politischen Anschauungen von unserem Freunde Venedey durch Abgründe trennen, und was von unserm Freunde Venedey gilt, gilt auch von uns. Es ist nun ganz klar, daß wir einer Regierung, von der uns Abgründe trennen, nicht ein unbedingtes politisches Vertrauen entgenbringen können. Wie werden die Regierung nach ihren Taten beurteilen, wir werden, soweit sie liberale Politik treibt, sie selbstverständlich darin unterstützen, wir werden uns angelegen sein lassen, wenn sie andere Wege betreten sollte, ihr entgegentreten. Manches haben wir unter dem neuen Ministerium gesehen, dem wir unsere Anerkennung nicht versagen können. Wir sehen, daß auf dem Gebiet der Schule Fortschritte zumteil gemacht, zumteil angebahnt sind, wir werden darüber noch im einzelnen zu reden haben. Wir haben auch manches vorzubringen, was uns weniger gut gefallen hat: Verschiedene Beamten sind gemaßregelt worden wegen ihres politischen Auftretens. Diese Maßregelungen haben keinen günstigen Eindruck in der liberalen Wählerschaft und im Volke gemacht. Ich habe mit Erstaunen gehört, daß der Herr Minister vor einigen Tagen mitgeteilt hat, daß nicht einmal alle Maßregeln bekannt worden sind. Er hat auf eine Aeußerung von dort drüben erklärt, daß er in manchen Fällen eingegriffen habe, daß aber durch die Diskretion nichts bekannt worden sei. Ich meine man solle im öffentlichen Auftreten auch den Beamten die Freiheiten lassen, die andere Staatsbürger auch haben, wenn sie sich auch in der Form Zurückhaltung auferlegen müssen. Wenn Angriffe gegen die katholische Geistlichkeit erfolgt sind, so kann diese den Schutz des Strafgesetzes anrufen. Wo dieser versagt, muß sie eben auch die Angriffe hinnehmen, wie jeder andere Staatsbürger auch.

Auch die Haltung der Regierung gegenüber gewissen sozialdemokratischen Versammlungen müssen wir tadeln, insbesondere, daß man im Lande Baden, wo wirklich an eine revolutionäre Bewegung heute weniger als je gedacht werden kann, geglaubt hat, anläßlich der sozialdemokratischen Versammlungen in Konstanz und Mannheim, das Militär mit scharfen Patronen versehen und in den Kasernen bereit halten zu müssen. Mir ist das völlig unverständlich. Ich muß allerdings gestehen, ich habe manchmal das Gefühl gehabt, als ob unsere badische Regierung eine bessere liberale Auffassung hätte, als ob die preußischen Obersten von sich aus, ohne Anregung von Zivilbehörden solche militärischen Maßnahmen gegen politische Parteien träfen. Ich würde sehr dankbar sein, wenn der Herr Minister des Innern sich auch darüber aussprechen würde, ob die Bereitstellung des Militärs auf Requisition der Zivilbehörde geschehen ist oder nicht. Wäre letzteres der Fall, so könnten wir nicht begreifen, daß man dazu schweigt.

Ich muß noch die Bemerkung streifen, die der Herr Minister über die Verhaftung jener zwei Arbeiter gemacht hat, welche sozialdemokratische Flugblätter verteilten und nicht vorher ein Exemplar dem Bürgermeister vorgelegt haben. Wenn diese Arbeiter wirklich eine Uebertretung sich zu Schulden kommen ließen, war es dann gerechtfertigt, sie, deren Personalien man kannte, und die auch selbstverständlich nicht fluchtverdächtig waren, wegen einer solchen Kleinigkeit festzunehmen und 17 Kilometer weit auf der Landstraße durch verschiedene Dörfer zu transportieren zu einem Verhör, nach Verlauf dessen man sie wieder laufen ließ? Der Herr Minister hat die Sache etwas humoristisch betrachtet und als Spaziergang in der schönen Natur hingestellt. Ich bin für Humor sehr empfänglich, und der Humor des Herrn Ministers gefällt mir auch dann, wenn er nicht ganz harmlos, wenn er einmal mit einer etwas ätzenden Flüssigkeit durchtränkt ist. Aber in diesem Fall hat er mir nicht recht gefallen wollen. Ich meine, da hört doch doch der Spaß auf, das ist kein Spaziergang mehr in der schönen Natur, wenn man von einem Gendarmen 17 Kilometer weit transportiert wird. Der Herr Minister sollte doch daran denken, daß die Freiheit das Heiligste des einzelnen Staatsbürgers ist, und daß eine solche Beraubung der Freiheit eine scharfe Rüge verdient. Wenn der Gendarm nach seinen Dienstvorschriften richtig gehandelt hat, dann sollten eben diese Vorschriften geändert werden; wenn er aber richtig gehandelt hat, dann ist für den Minister auch kein Grund vorhanden, diese Handlungsweise zu rechtfertigen.

Auf die sonstige politische Lage will ich nicht weiter eingehen. Der Block hat sich zusammengetan, um zu verhindern, daß eine reaktionäre Mehrheit hier zusammenkommt, er hat sich zusammengetan, um selbst liberale Reformarbeit zu leisten. Unsererseits sind wir gern bereit, mitzuarbeiten, wir sind auch bereit, als Realpolitiker, als die uns der Herr Minister gepriesen hat, auch dann mitzuarbeiten, wenn nicht alles verwirklicht wird, was wir wünschen, wenn wir nur überhaupt einen Fortschritt sehen. Ich bin davon überzeugt, daß im ganzen Block ein ehrlicher Wille zum Zusammenarbeiten in freiheitlichem Sinne besteht, und wenn dieses gelingt, so werden wir uns rühmen können, daß wir ein Werk getan haben, das unserem badischen Vaterlande zum Segen gereicht. Der Block hat nicht nur, wie gesagt wurde, ein unangenehmes, er hat auch in weiten Kreisen angenehmes Aufsehen erregt, es sind auch Stimmen laut geworden, die ihn als ein Muster für andere Länder hingestellt haben. Ich hoffe daß dies Muster nachgeahmt wird, und ich bin fest davon überzeugt, daß man in späterer Zeit einmal, wenn man daran denkt; was dadurch erreicht worden ist, nicht mehr jenes Verdammungsurteil des preußischen Ministerpräsidenten und preußischen Junker nachsprechen, sondern sagen wird, das war eine befreiende Tat, die unserem Vaterlande nicht zum Schaden, sondern zu wahrhaftem und dauerndem Nutzen gewesen ist.

Abg. **Frühauf** (freis.): Unsere Wähler werden heute mit gespannten Augen auf die Finanzdebatte sehen und sich fragen, ob etwas positives dabei herauskommt. Sie werden dabei weniger an die Erörterung über die Parteipolitik denken, die wir jetzt reichlich genug gehört haben,

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

sondern sie werden sich fragen, ob eine selbständige Auffassung der Finanzpolitik der Regierung gegeben und ob es gelingen wird, Grundlinien zu ziehen, auf denen sich der Block vereinigen kann, um eine selbständige Finanzpolitik in die Wege zu leiten.

Ich freue mich zu sehen, daß bisher sämtliche Redner auf dieser Seite des Hauses es nicht versäumt haben, auch den kritischen Maßstab an das uns vorgelegte Budget zu legen, und ich vermisse es, daß von der anderen Seite des Hauses mit Ausnahme des Berichterstatters der Budgetkommission kein Wort über diesen Teil in der Finanzdebatte gesagt worden ist. Der Herr Berichterstatter hat sich lediglich darauf beschränkt, das Echo der Auffassung wiederzugeben, die wir aus dem Munde des Herrn Finanzministers ja schon in vollem Umfange wochenlang vorher kennen gelernt haben, und der Herr Chef der Zentrumspartei hat bedingungslos dieser Stellungnahme des Herrn Berichterstatters beigepflichtet. Es fällt mir dies um so mehr auf, als ich mich vor $1^1/_2$ Jahren schon gewundert habe über den sekundären Wert, den die Frage des Budgetvorrechts der Zweiten Kammer auf jener Seite des Hauses gefunden hat. Ich spreche die Hoffnung aus, daß auf jener Seite des Hauses sich jemand finden wird, der uns selbständige Gedanken der Zentrumspartei über unsere Finanzlage und künftig einzuhaltende Steuerpolitik vor Augen führt, daß man sich nicht damit begnügt, einfach so zu sagen, wie der Herr Finanzminister will. Es mag ja dieser Mangel damit zusammenhängen, daß man auf jener Seite des Hauses alles fast ausschließlich vom konfessionellen oder wie Sie jetzt sagen, vom christlichen Standpunkte aus beurteilt. Aber ich frage den Herrn Abg. Fehrenbach, wenn ein jüdischer Mitbürger sich an ihn wendet wegen jüdischer Kultusbedürfnisse, so müßte er konsequent sagen, wir stehen auf dem christlichen Standpunkt und vom christlichen Standpunkte aus ist dies weggeworfenes Geld. (Zurufe.) Das ist ja der Widerspruch! (Zum Zentrum.) Sie mögen wollen oder nicht, Sie vertreten nicht den christlichen Standpunkt, nicht einmal den römisch-katholischen; denn wie Sie wissen, ist die größere Mehrheit der Römisch-Katholischen nicht Zentrumsmitglieder. Von 12 Millionen Wahlberechtigten müßten ein Drittel Zentrumsstimmen sein, also 4 Millionen; ich habe noch nicht gehört, daß sie die Hälfte um Ihre Fahne versammelt haben, ein Beweis dafür, daß die Römisch-Katholischen im Reich und in Baden es im größten Teil ablehnen, diesen einseitig konfessionellen Standpunkt einzunehmen. Man verlangt von uns lediglich die richtige Behandlung dieser Fragen vom politischen Standpunkt.

Wenn wir nun die Forderung erheben, positive Finanzpolitik in diesem Hause hier zu treiben, so fällt uns die Stellungnahme der Regierung im vorigen Landtag auf, als der Herr Finanzminister zuerst am 18. April uns unter Hinweis auf die so furchtbar schlechte Finanzlage ein sogenanntes, wie er selbst sagte, negatives Programm vorlegte, d. h. eine möglichste Einschränkung der Ausgaben und eine Steigerung der Einnahmen. Eine besonders schwierige Aufgabe ist dieser Gedankengang, den der Herr Finanzminister sich zu vertreten vorgenommen hat, ja keineswegs; das kann auch ein Subalternbeamter, wenn er an diese Stelle gesetzt wird. Wir verlangen von einem Staatsminister etwas anderes. Er soll die lebendigen Kräfte ausnutzen unter möglichster Schonung der eigentlichen Steuerzahler und unter selbständiger Entwickelung der sich darbietenden positiven Einnahmequellen unseres Landes. Wir sehen heute, daß jene Schwarzmalerei der damaligen Finanzlage sich als irrtümlich herausgestellt hat. Der Herr Finanzminister hat damals, als er die Steuererhöhung verlangte, von einem Defizit von 14 Mill. gesprochen; weiter unten spricht er von 15 Mill., das ist wohl nur ein Druckfehler. Er erklärte damals, daß 6 Mill. Ueberschuß nicht genügen würden, um das Defizit zu decken, ebensowenig die 2 Mill. Kredite, die vielleicht auf eine spätere Budgetperiode übergehen würden, und die Amortisationskasse müßte im günstigsten Falle immer noch um 5 bis 6 Mill. in Anspruch genommen werden. Wie sind die Sachen in Wirklichkeit? Es ist wahr, wir verhandeln heute über unser Budget von 1906/1907, wir verhandeln darüber, ohne das Budget von 1905 zu kennen. Es ist eine starke Zumutung, das Budget aufstellen und beurteilen zu müssen, wenn man nicht erfahren hat, wie das vorige Jahr ausgefallen ist. Die Regierung wird heute noch nicht imstande sein, alles mitzuteilen, aber sie wird doch immerhin im großen und ganzen schon provisorisch unterrichtet sein über das finanzielle Ergebnis unseres Budgets von 1905.

Aus dem eisigen Schweigen der Regierungspresse sowohl als der Regierung selbst schließe ich, daß das Ergebnis von 1905 finanziell hinter demjenigen von 1904 zum allermindesten nicht zurückgestanden ist, und dann steht fest, daß wir 1905 ebenso wie 1904 aus allgemeinen Mitteln 8 Millionen plus gemacht haben, auf die man am 18. April 1904 nicht gerechnet hatte und nicht rechnen konnte. Es würde dann weiter feststehen, daß unsere Eisenbahnen diesmal das Doppelte der Reineinnahmen, mindestens 27 Millionen Reineinnahmen zu verzeichnen haben. Wir wären auf allen Seiten des Hauses dem Herrn Minister sehr dankbar, wenn er uns einige Mitteilungen machen könnte. Der Herr Finanzminister hat damals gesagt, daß er insbesondere auch den „eisernen" Betriebsfond, gegenwärtig $9^1/_2$ Millionen, schon lange als unzureichend erkannt habe und ihn um mindestens 2 Millionen erhöhen müsse. Dagegen wäre nichts einzuwenden. Widerspruch muß ich aber dagegen erheben, daß nun dieser Betriebsfond statt um 2 Millionen gleich um $3^1/_2$ Millionen vergrößert werden soll. Denn es ist klar, daß diese $1^1/_2$ Millionen plus, die dem „eisernen" Betriebsfond zufließen sollen, damit direkt unserer Verfügung zu Kulturzwecken entzogen würden, und daß, wenn diese Erhöhung nicht als selbstverständlich betrachtet wird, das Budget von 1904 sich als dasjenige herausgestellt hätte, als was es unter dem lebhaften Widerspruch des Herrn Finanzministers und der Budgetkommission bezeichnet wurde: als ein reines Ueberschußbudget. Wenn dieses Ergebnis 1905 sich wiederholt, so stehen Sie vor unerwarteten Mehreinnahmen von mindestens $8 + 13$ (allgemeine Mittel und Eisenbahnen) $\times 2 = 42$ Millionen Mark. Da habe ich mich doch einigermaßen gewundert, daß der Herr Finanzminister diese goldene Brücke im eigentlichsten Sinne des Wortes, die sich ihm hier geboten hätte, nicht benutzte, um von dem abgebrauchten Schlagwort der allgemeinen Gespanntheit der Finanzlage den Rückzug zu gewinnen. Statt dessen steht wieder in der feierlichen Ansprache, die uns gedruckt unterbreitet worden ist, daß im wesentlichen dieselbe Gespanntheit bestehen soll wie vor 2 Jahren. Wann würde aber diese Gespanntheit aufhören, wenn 42 Millionen unerwarteter Mehreinnahmen in einem Lande von 2 Millionen Einwohnern nicht mehr genügen, um die Spannung der Finanzlage auch nur wesentlich zu mildern?

Im Juni 1904 fand dann die nachträgliche Finanzdebatte statt. Damals mußte bereits das Defizit (jedenfalls mit Rücksicht auf die inzwischen veränderte Lage durch die Abrechnung des deutschen Reiches) auf 17 Millionen angegeben werden, und der Herr Finanzminister konnte — es handelte sich um die Abstimmung über die 20 % ige Steuererhöhung — uns nun nicht eindringlich genug darlegen, was ein Defizit von 17 Millionen für den badischen Staat zu bedeuten habe. Er machte

uns sogar den Vorwurf, bei uns habe sich niemand um das Defizit gesorgt, man habe fröhlich weiter gelebt und alle Ausgaben bewilligt. Darauf hat der Herr Kollege Eichhorn dazwischen gerufen: wir haben nur die Ausgaben bewilligt, die die Regierung uns vorgeschlagen hat. Aber auch diesen Standpunkt ließ der Herr Finanzminister nicht gelten und sagte: „Gewiß, aber Sie haben auch noch weitere beträchtliche Ausgaben vorgeschlagen, die wir angesichts der Finanzlage nicht bewilligen konnten." Also er machte uns nicht den Vorwurf, daß wir verschwenderisch umgegangen seien, sondern nur daß wir den Vorschlag gemacht haben, Ausgaben zu machen, die nach Ansicht der Regierung damals noch nicht nötig waren. Natürlich wurde insbesondere auf die arme Volksschule abgehoben, die vor allen Dingen kurz gehalten werden muß und der ja auch das gegenwärtige Budget den Brotkorb noch einmal auf eine weitere Periode so hoch als möglich hängen will. Der Herr Finanzminister hat damals schließlich gesagt, mit der Deckung dieses Defizites allein sei es auch nicht getan, es würde unseren Finanzen Wunden schlagen, mit deren Heilung wir noch lange zu tun haben werden. Er hat dann bekämpft, daß wir die Staatsdotation an die Eisenbahnschuldentilgungskasse einziehen wollten für allgemeine Finanzzwecke und hat uns den Vorwurf gemacht, das hieße einfach Eisenbahnschulden aufnehmen, um allgemeine Staatsbedürfnisse zu decken, und er hat das bekämpft, indem er wörtlich sagte: „Auch wenn man für 1904/05 mit den günstigen Reinergebnissen des Jahres 1903 bei den Eisenbahnen rechnen würde, so bliebe die Einnahme der Tilgungskasse um beinahe 6 Millionen hinter dem Bedarf zurück."

Der Herr Finanzminister wird zugeben, daß er sich damals über die tatsächliche Situation vollständig getäuscht hat. Während er diese Worte sprach, war das von ihm so gefürchtete Defizit bereits getilgt durch die höheren Einnahmen sowohl in den Steuerkassen, als in den Eisenbahnkassen; nur hat er es natürlich nicht wissen können, so wenig wie wir. Wenn er es aber gewußt hätte, so meine ich, er könnte heute, ohne sich etwas zu vergeben, sagen: Hätte ich geahnt, daß diese ungeheuren Mehreinnahmen kommen würden, so würde ich allerdings die 20 °oige Steuererhöhung damals fallen gelassen haben. Aber es scheint, daß der Herr Finanzminister an dieser verhängnisvollen Politik festhalten will, als deren charakteristisches Zeichen die Dotation der Eisenbahnschulden-Tilgungskasse aus allgemeinen Staatsmitteln mit 2 Millionen bezeichnet werden muß. Nur scheinbar ist in diesem Budget zum erstenmal eine dankenswerte Konzession gemacht worden, indem diese Dotation teilweise zur Ausgleichung für die an uns herantretende Anforderung wegen gestundeter Matrikularbeiträge verwendet werden soll. In der beigegebenen Begründung sehe ich aber, daß für den Fall, daß diese 2 Millionen nun nicht zur Deckung der gestundeten Matrikularbeiträge in Anspruch genommen werden, beabsichtigt ist, sie richtig wieder der Eisenbahnschulden-Tilgungskasse zuzuführen und damit diesen verhängnisvollen Teil der gegenwärtigen Finanzpolitik wiederum für 2 weitere Jahre festnageln.

Das verstehe ich nicht, aus zwei Gründen: Einmal glaube ich nicht daran, daß diese gestundeten Matrikularbeiträge in der uns angeführten Höhe werden erhoben werden, da im Reich in den ersten 3 Quartalen des Jahres 1905 90 Millionen Mark mehr eingegangen sind an Zöllen, Verbrauchssteuern, Post- und Eisenbahngefällen, während die gesamte Summe der gestundeten Matrikularbeiträge nur 70 Millionen beträgt; da das laufende Quartal im Reiche mindestens ebenso glänzend ausfallen wird, so werden 120 Millionen nichterwarteter Einnahmen einem Minus von 70 Millionen gegenüberstehen. Für diesen Fall wäre es doch wahrlich am Platze, wenn der Herr Finanzminister dann endlich dazu überginge, die von ihm selbst für die jetzige Periode als entbehrlich erachtete Dotation zu dem bestimmten Teil der allgemeinen Staatskasse für Kulturzwecke, insbesondere für die Volksschule zuzuführen.

Sehr vermissen muß ich in den Erörterungen der Regierung über die Finanzlage, insbesondere auch des Reiches, das uns ja nur als der schwarze Mann vorgeführt wird, einen Hinweis auf die kolossalen Mehreinnahmen, die die Reichskasse und damit zu einem Teil doch auch wir von dem neuen Zolltarif haben werden, der die Reichskasse mit hunderten von neuen Millionen Abgaben erfüllen wird, die auf Verbrauchsartikel gelegt sind. Man wird doch nicht zu weit gehen, wenn man schon nach zwei oder drei Jahren die Summe von 300 Millionen Mark als das Minimum dessen bezeichnet, was der neue Zolltarif der Reichskasse zuführen wird. (Zurufe; Lachen.) Ja, ich habe schon vielmal über derartige Behauptungen lachen gehört, dann aber immer gesehen, wie es weiter gegangen ist. Ich erinnere mich als Student in Berlin an die Zeit, da der erste Zolltarif eingeführt wurde. Da schrieb ein fortschrittlicher Redakteur zur Reichstagswahlkampagne ein Flugblatt: „300 Millionen Mark neue Steuern", und Fürst Bismarck entrüstete sich so furchtbar über diese Verächtlichmachung einer Staatseinrichtung, wie er seinen Zolltarifgesetzentwurf nannte, daß er es durchsetzte, daß dieser Mann wegen Vergehens gegen § 131 R.St.G.B. zu einer Gefängnisstrafe von nicht weniger als 9 Monaten verurteilt wurde. Nun, später haben wir es gesehen, daß nicht bloß 300 Millionen Mark, sondern vielleicht noch etwa das Doppelte und mehr aus derselben Quelle geflossen ist. So wird es auch hier mit diesen 300 Millionen gehen. Ich habe mit Großindustriellen gesprochen, die mir auf das bestimmteste versichert haben, daß auch die kühnsten Erwartungen durch das Mehr würden hinter sich gelassen werden. Deshalb würde ich es auch für angebracht halten, dieser Reichsfinanzreformvorlage gegenüber eine eisig kühle Haltung einzunehmen. Es ist kaum je in der Finanzgeschichte dagewesen, daß man so kurz vor dem Inkrafttreten eines so wichtigen Gesetzes, wie der Zolltarif es bedeutet, daran geht, eine sogenannte weittragende Finanzreform in die Wege zu leiten. Erst muß doch das Ergebnis des Zolltarifs abgewartet werden, dann erst kann man an die Finanzreform herantreten. Wer das nicht tut, setzt sich dem Verdacht aus, daß er Steuern auf Vorrat bewilligt und damit das Budgetrecht unseres Reichstages nach Möglichkeit herabdrückt.

Wenn man sich die einzelnen indirekten Steuern ansieht — von der Biersteuer ist schon gesprochen worden, man braucht nur auf die moralische Seite einer solchen Steuer hinzuweisen und darauf, daß das Bier den Schnapskonsum bei uns bis jetzt ferngehalten, und in Norddeutschland angefangen hat, ihn zu verdrängen — so hat schon der Herr Kollege Binz mit Recht, trotz des Widerspruchs des Herrn Staatsministers, auf die Tabaksteuer hingewiesen, die als Steuer auf ganz bestimmte, und zwar sehr kleine Teile des deutschen Volkes den Stempel der Ungerechtigkeit geradezu an der Stirne trage.

Von der Quittungssteuer und anderen Steuern haben andere Herren gesprochen. Ich kann mich natürlich in dieser Beziehung nur ihnen anschließen. Auch der Herr Staatsminister wird mir zugeben, daß es einem Staat übel ansteht, auf ein Instrument, wie Quittungen, Steuern zu legen, welche doch dazu bestimmt sind, Rechtssicherheit zu schaffen, auch für den kleinen und kleinsten Verkehr. Man braucht sich nur zu vergegenwärtigen, daß bei uns der kleine und kleinste Mann seine Miets-

quittung zwölfmal oder noch öfter im Jahre ausgestellt bekommt, während der große Mann ein- bis viermal im Jahre mit seinem Gegenkontrahenten solche zu wechseln hat, um das unmoralische einer solchen Steuer auf den ersten Blick zu erkennen.

Bei der Fahrkartensteuer will ich nur darauf hinweisen, welch' grenzenlose Heuchelei darin liegt, wenn man uns sagt: nehmt den Zweipfennigtarif aus Norddeutschland in Gestalt der vierten Wagenklasse an, damit eure bisher viel zu hoch besteuerten Passagiere billiger fahren können; ohne abzuwarten, bis wir auf diesen Leim hereingefallen sind, legt man schon Steuern auf Dinge, die noch nicht einmal existent geworden sind. Zur rechten Zeit auch für diejenigen, die nicht alle werden, gibt man damit zu erkennen, daß es durchaus nicht um Verbilligung des Personenverkehrs sich handelt, wenn die Herren mit der vierten Wagenklasse kommen, sondern daß sie Geld daraus ziehen wollen, so viel als irgend möglich.

Eine Steuer will ich noch erwähnen: die Automobilsteuer. Es ist ja sehr populär, dieser das Wort zu reden, aber bei längerem Nachdenken bin ich doch dazu gekommen, diesem Gedanken gegenüber eine gewisse Zurückhaltung zu beobachten. Einer im Emporblühen begriffenen jungen Industrie gegenüber, die nicht etwa einen bloßen Luxusartikel, sondern ein vielleicht für unsere Zukunft ausschlaggebendes Verkehrsinstrument einzuführen und zu verbessern sich zum Ziele gesetzt hat, ist die Steuer jedenfalls im gegenwärtigen Stadium des Kindheitsalters dieser Industrie ein höchst bedenklicher Schritt. Angesichts der großartigen Entwicklung, die das Automobilwesen genommen hat, möchte ich im Gegenteil den Gedanken anregen, ob es nicht passender wäre, man würde gerade bei uns die Gelegenheit ergreifen, um dieser Industrie ein möglichst freundliches Gesicht zu zeigen und gegen das verhängnisvolle Projekt der Automobilsteuer Protest erheben. Das Automobil soll zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse gerade auch für die von der Wohltat einer Bahnverbindung ausgeschlossenen Gemeinden dienen; freilich sagt man uns, diese Kraftwagen sollen unbesteuert bleiben, nur die Luxuswagen sollen besteuert werden. Diese Luxuswagen aber gerade sind es, die das bis jetzt so primitiv entwickelte Automobilwesen durch Versuche auf einen höheren Standpunkt bringen.

Einzig erfreulich ist der Anfang einer Reichserbschaftssteuer, ein Vorschlag, für den ja speziell im Reichstag die Linke schon seit Jahrzehnten, leider vergeblich, eingetreten ist.

Einen Blick möchte ich empfehlen noch auf den Reichspostetat zu werfen, der inzwischen auf über 500 Millionen angeschwollen ist, und von dem wir in Baden immer nur den Etat von 500 000 M. Fixum beziehen als Anteil für die Leistungen, die unsere Eisenbahnen der Post darzubieten hat. Das ist denn doch allmählich ein unhaltbarer Zustand. Wenn wir lediglich den Ansichtspostkartenverkehr des Deutschen Reiches als Maßstab der Beteiligung zugrunde zu legen hätten, wären die 500 000 M., soweit ich den Postetat kenne, etwa als richtiger Anteil, den Baden zu beanspruchen hätte, anzusehen. Diese 500 000 M. sind seit 1871 festgelegt, als unsere Eisenbahnen sich noch in einem höchst primitiven Stadium befanden. Wenn Württemberg heute über 3 Millionen und Bayern über 5 Millionen aus ihrer Post erzielen, so wäre doch wohl für den Herrn Finanzminister Gelegenheit gegeben, bei einer Bundesratssitzung in Berlin einmal anzuklopfen, ob man dort nicht bereit ist, diesem vollständig unhaltbar gewordenen Zustand ein Ende zu bereiten. Wir sehen nicht ein, wie man mit Gerechtigkeitsgründen dieser Forderung sollte entgegentreten wollen. Dann würden wir vom Reich auch einmal nicht als vom schwarzen Manne hören, sondern als von jemand, der unsere Finanzverhältnisse nur nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit ordnet und ihnen ein etwas frischeres Leben einflößen könnte. Wir haben ja einen Gesandten in Berlin, den Grafen Berckheim, der jedenfalls das Bedürfnis haben wird, eine so populäre Forderung zu stellen. Er hat vor einigen Wochen ja schon zu erkennen gegeben, daß er es versteht, sich populär zu machen; er hat auf eine der klaffendsten Lücken in der Steuergesetzgebung aufmerksam gemacht, und es kann ihm nicht Dank genug gesagt werden, gerade jetzt, wo die Vermögenssteuerreform auf der Tagesordnung steht, diesen selbstlosen Schritt getan und gezeigt zu haben, wo man ansetzen muß, wenn man unsere Steuerverhältnisse in Ordnung bringen will. Der Herr Finanzminister wird also am besten sich mit diesem unserem Gesandten, der ja in einem ziemlich kostspieligen Palast in Berlin wohnt und der dafür auch das Bedürfnis haben wird, seinem Vaterlande etwas Nützliches zu leisten, sich in Verbindung setzen und dieses Projekt ernstlich betreiben.

Sehen wir auf die badische Finanzlage, so ist ein Grund zur Schwarzseherei wahrlich nicht zu erblicken. Das Einzige, worauf vom Regierungstisch verwiesen werden kann, ist die Eisenbahnschuld von 418 Millionen, die wie eine schwarze Wetterwolke über dem Vaterlande hängen soll. Ja, die Regierung geht so weit, daß sie sich nicht scheut, den Zustand der Zahlungsunfähigkeit als schon wiederholt in unseren Eisenbahnverhältnissen eingetreten, öffentlich zu deklarieren und für künftig in Aussicht zu stellen! Wenn das von Staaten geschieht von der Bedeutung Rumäniens, Serbiens oder der Türkei, so wäre das eine andere Sache. Bei einem Staate wie der unserige, dessen Gläubiger sein zu dürfen die Kapitalisten sich bekanntlich reißen, da kann man natürlich sehr gut mit einer in die Toga der Bescheidenheit sich hüllenden Darstellung der Finanzlage aufwarten, die doch nicht mehr und nicht weniger ist, als eine Art Prahlerei! Wenn Sie das badische Staatsvermögen betrachten und sehen, daß wir die Salinen, die Domänen, den Domänengrundstock besitzen, daß wir einen umlaufenden Betriebsfond haben, dessen eiserner Bestand wir so en passant selbst in so „schlechten" Jahren wie 1904 und 1905 um 1½ Millionen mehr, als vorgesehen war, erhöhen können, wenn Sie endlich sich vergegenwärtigen, daß wir im Besitze einer Schuldentilgungskasse sind von Schulden, die längst getilgt sind, die sogenannte Amortisationskasse, und wenn Sie sich sagen, daß darin 32 Millionen für allgemeine Staatszwecke aufgehäuft und 12 Millionen jederzeit verfügbar sind, da kann von einer schlechten Finanzlage doch nicht gesprochen werden! Ich freue mich deswegen, daß bis jetzt noch kein einziger Redner hier dieses Schlagwort, das von dem Herrn Präsidenten der Budgetkommission gebraucht wurde, akzeptiert, sondern jeder es unter die kritische Lupe genommen hat. Ich bitte sogar, dieses Schlagwort zurückzuweisen und von ihm überhaupt keinen Gebrauch zu machen. Bei näherem Zusehen erweist sich die gespannte Finanzlage als eine Keule von Papier, gefüllt mit Schnitzeln von Papier, und wenn man damit zuschlägt, als ein Karnevalsscherz, aber nicht als eine ernste Beurteilung der Finanzlage.

Präsident Dr. **Wilckens**: Ich muß diesen Ausdruck rügen. Ich glaube, daß eine derartige Bemerkung der Regierung gegenüber in diesem Hause nicht gemacht werden darf. Ich muß den Herrn Redner bitten, daß er sich größere Reserve in seinen Ausführungen auferlegt.

Abg. **Frühauf** (fortfahrend): Mit dieser Keule wird nicht zugeschlagen, sondern sie wird nur drohend erhoben, wenn Wünsche aus dem Hause auftauchen. Gegenüber der Forderung auf endliche Revidierung des Gehalts-

tarifs heißt es: die Finanzlage hindert uns; wenn Petitionen einlaufen: die Finanzlage; wenn Eisenbahnen gebaut, die Tarife verbilligt, die Steuern erleichtert oder wenigstens eine Steuererhöhung abgewendet werden soll: immer und immer wieder die Finanzlage! Es ist die Aufgabe des Blocks in dieser Kammer, zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Entweder, wir müssen die Gründe, die die Regierung gibt, akzeptieren und dem Publikum über unsere Finanzlage dahin Aufklärung geben: Es ist wahr, wir haben bisher demogagische Politik getrieben, alle diese Wünsche können niemals erfüllt werden — denn, wenn die Ansicht der Regierung über die Finanzvorlage richtig ist, so halte ich die Erfüllung dieser Wünsche ausgeschlossen — oder aber man sagt: Wir können diese Grundsätze nicht für richtig anerkennen, und dann müssen wir verlangen, daß die Regierung mit uns in einen Austausch der Gründe eintrete und daß derjenige auf den andern Rücksicht nimmt, dessen Gründe sich als die schwächeren erweisen.

Wenn Sie von dieser Eisenbahnschuld als dem Kernpunkt der schlechten Finanzlage ausgehen, sogar von einer Zahlungsunfähigkeit unserer Eisenbahn sprechen, da kann man von einer solchen Anschauungsweise sagen: Grau, teurer Freund, ist alle Theorie, doch grün des Lebens goldner Baum! Sehen Sie doch hinein in die letzten Jahre der Eisenbahnentwicklung in Baden, die wirklich ein Ruhmesblatt für den Mann bilden, der an der Spitze des Eisenbahnwesens gestanden ist, und es ist nur zu hoffen, daß sein Nachfolger eine ähnlich „zahlungsunfähige" Eisenbahn in Baden am Ende seiner Tätigkeit wird aufweisen können, daß er vor allem unsere Selbständigkeit wird intakt aufrecht erhalten können gegen die Angriffe, denen er sich während seiner Amtsperiode wird ausgesetzt sehen. Wir haben ein Baukapital von 650 Millionen, aber bei 418 Mill. Schulden. Ist das schlimm? Wer in der Welt ist in der Lage, ein Haus zu besitzen von 650000 M., auf dem nicht eine Hypothek von 400000 M. ruht? Wird man einen solchen Mann als einen Mann in prekärer Lage bezeichnen, solange er mit den übrigen 200000 M. so viel Prozente macht, sie nützlich umtreibt und soviel Gewinn erzielt, daß er spielend die Zinsen für die 400000 M. bezahlen kann?

Genau dieselben Gründe treffen zu auf unsere Eisenbahnanlagen. Die geringste Verzinsung des Anlagekapitals hat 4½ Proz. und die höchste etwa annähernd 7 Proz. betragen. Ja, was verlangen Sie denn mehr von einem gewerblichen Institut wie die Eisenbahn es ist? Die Eisenbahn ist geradezu die Nährmutter des badischen Budgets und wenn Sie einmal diesen Faden abschneiden und die Eisenbahnen abtreten, so würde das Budget vielleicht noch einige Jahre eine leidliche Existenz führen, dann aber, wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse und in deren Gefolge die Entwicklung der Eisenbahnverhältnisse in allen andern Ländern einen kolossalen Aufschwung genommen haben, würden wir uns eines Tags auch in der Situation befinden, uns zu sagen, könnten wir doch die Abfindungssumme endlich erhöhen, nachdem der Umsatz auf das 5—6fache gestiegen ist, und dann sind wir auf den guten Willen Anderer angewiesen, während wir jetzt noch Alles selbst in der Hand haben. Wie vorsichtig der Reinertrag gerechnet wird, ergibt ein Einblick in unser Budget, aus dem Sie sehen, daß in den letzten 12 Jahren für nicht weniger als 200 Millionen Mark verausgabt sind im Eisenbahnbau, während die Schuld nur um 100 Millionen Mark zugenommen hat; man kann also sehr gut zu den 215 Millionen Reinerträgen, die wirklich gebucht sind, noch 100 Millionen Reinerträge zurechnen, die in den Eisenbahnbauetat hineingeschlupft sind, und es hätte niemand das Recht, der Eisenbahnverwaltung den Vorwurf der Unsolidität zu machen, wenn sie 100 Millionen für andere Zwecke verbraucht haben würde, wie das in Preußen geschieht, das seine ganze Wirtschaft auf Eisenbahnüberschüsse aufbaut, aber auch, was das Personal betrifft, ein Bild aufweist, um das ich es nicht beneide. Fährt man über Frankfurt hinaus, so bekommt man einen häßlichen Eindruck von den hungrigen Gesichtern und ich möchte blos sagen, ich danke für Eisenbahnüberschüsse, die herausgewirtschaftet werden aus Ersparnis am Eisenbahnpersonal, und bin zufrieden, wenn nur die landesübliche Verzinsung aus unsern Eisenbahnen herausgewirtschaftet wird.

Der Herr Staatsminister hat nun als Parole von der Regierungsseite ausgegeben: Jedenfalls werden wir keine Anlehenspolitik mitmachen! Gut, das wäre ein Vorschlag, über den sich reden ließe. Wenn die Regierung weiter keine Bedingungen macht, als daß lediglich keine reinen Staatsschulden aufgenommen werden sollten, so wäre das noch kein Grund, weshalb nicht eine Finanzpolitik in die Wege geleitet werden könnte, durch die einerseits den dringend aufgetretenen Wünschen, die auch sie als gerechtfertigt anerkennt, endlich Rechnung getragen wird und die trotzdem die erforderlichen Mittel aufweist. Ich habe schon auf die Mehreinnahmen aus dem Reich hingewiesen. Ich verweise auf die Dotationspolitik in erster Linie und ich lade den Herrn Finanzminister ein, wenn es sich darum handelt, die Selbständigkeit unserer Eisenbahnen zu entwickeln und finanziell lukrativ zu machen, sich an den Beratungen über diese Fragen zu beteiligen. Es wird auf die Dauer so wie so nicht angehen, daß die größere Hälfte des badischen Budgets, die aufs engste verknüpft ist mit dem allgemeinen Staatsbudget, verhandelt wird in Abwesenheit des Finanzministers. Es ist unerträglich, wenn bei derartigen Beratungen derjenige Mann, der an der Spitze der Finanzverwaltung des Landes steht, sich nicht beteiligt. Richtig ist, daß, rechnerisch betrachtet, eine sogenannte Ebbe in den Staatskassen zu entdecken ist, allein sie hat irgend einen bedrohlichen Charakter absolut nicht. Denn wie wir schon vor 1½ Jahren hier festgestellt haben: Wer gewohnt ist, so opulent und reichhaltig zu bauen, wie der badische Staat, der sollte sich doch nicht auf den Standpunkt stellen, den nur die allerersten Aktiengesellschaften einnehmen können, daß sie alle nötig werdenden neuen Etablissements, Fabrikgebäude usw. aus laufenden Ueberschüssen erstellen und dieselben dann mit einer Mark zu Buch schlagen und sofort abschreiben. Das ist eine Politik, die über die nötige Umsicht weit hinausgeht, und wenn der Herr Staatsminister uns auf die kommunale Politik aufmerksam gemacht hat, die nach seiner Ansicht eben zu wenig Vorsicht in bezug auf Anlehenspolitik an den Tag gelegt hätte, so kann ich nur versichern, daß man sich in den Kreisen der Mannheimer, Karlsruher und Freiburger Bürgerschaft nicht nur keiner Besorgnis hingibt wegen der derzeitigen von den Stadtoberhäuptern inaugurierten Anlehenspolitik, sondern daß man die allerhöchste Dankbarkeit und Hochachtung dafür empfindet. Wir erblicken z. B. in Karlsruhe keine Gefährdung der Karlsruher Finanzen in dem vom Herrn Staatsminister gekennzeichneten Zustande. So komme ich dazu, zu erklären: Nach meiner Ansicht wird der Block und seine Wähler scharf darauf kontrolliert werden, ob es ihnen gelingt, positive Finanzpolitik zu treiben und die erfreuliche Lösung der uns schon lange am Herzen liegenden Aufgaben zu erfüllen.

Es sind nicht Dämmerungszustände, in denen wir den Wählern die Erfüllung dieser Aufgaben als möglich versprochen und unsere Kraft dafür einzusetzen zugesagt haben. Die Wählerschaft würde einem Kandidaten, der versuchen würde, sie mit zu weitgehenden, leichtfertigen Versprechungen an der Nase herum zu führen, sehr bald

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

den Laufpaß geben. Wir dürfen deshalb den Männern, die uns hierhersenden, nicht einfach sagen: Wir haben zu verlangen, und die Regierung hat zu willfahren. So töricht ist niemand in Baden, daß er nicht sehr genau weiß, daß erst die Finanzlage hier erörtert werden muß, und daß vorher daran nicht gedacht werden kann, den gerechten Wünschen in weitem Umfange zu entsprechen. Die große Probe auf dieses Exempel wird ja gemacht werden beim Eisenbahnbau. Sie wird auch gemacht werden bei der brennend gewordenen Frage, die auch die Regierung anerkennt, nämlich der Frage der Löhne der niederen Eisenbahnbediensteten und -Angestellten, und endlich wird die Generalprobe gemacht werden bei der Beratung der Elementarschulvorlage. Hier scheint sich tatsächlich die Regierung der Täuschung hinzugeben, daß die liberalen Gruppen des Hauses imstande wären, von dem von der ganzen Kammer einstimmig mit einer einzigen Ausnahme gefaßten bekannten Beschluß abzugehen. Das ist ein großer Irrtum der Großh. Regierung, und so weit ich die Stimmung kenne, ist es auch ausgeschlossen, daß sich hier jemals eine Majorität für den Regierungsentwurf finden wird; daß die Mehrausgaben auf die Gemeinden abgewälzt werden sollen, davon kann meines Erachtens gar keine Rede sein. Die Gemeinden sind ohnehin schon schwer belastet genug, und der Herr Staatsminister hat selbst darauf hingewiesen, daß sie nicht auf Rosen gebettet sind. Wie will er da verantworten, den Löwenanteil der notwendig gewordenen Mehrausgaben auf die Gemeinden abzuwälzen? Ich glaube deshalb berechtigt zu sein, an den Herrn Staatsminister das dringende Ersuchen zu richten, es dem Block nicht unmöglich zu machen, eine selbständige Finanzpolitik zum Segen des gesamten Landes endlich zur Durchführung zu bringen.

Man kann wohl sagen, der Herr Staatsminister hat sein Amt in einem Moment angetreten, um den ihn mancher Staatsmann beneiden dürfte. Die Klärung der politischen Verhältnisse, die unzweifelhaft erfolgt ist durch das Blockwahlabkommen, hat eine Lage geschaffen, deren Lösung für einen deutschen Staatsmann geradezu als die dankbarste Aufgabe bezeichnet werden kann. Wir sind stolz darauf, daß es gelungen ist, diese Einigung herbeizuführen; stolz darauf insbesondere auch deshalb, weil das Märchen von der vollständigen Unmöglichkeit, mit der Sozialdemokratie positiv an der Lösung von Kulturaufgaben zu arbeiten, auf diese Weise endlich widerlegt ist, und wir hoffen, daß nicht bloß in Baden, sondern auch in anderen deutschen Ländern und schließlich sogar im Deutschen Reichstage die Dunkelheit von heute der Dämmerung einer Blockpolitik weichen möge. Wenn der Herr Staatsminister es versteht, die hier noch nicht zusammengefügten, aber doch der Zusammenfügung fähig sich erweisenden Kräfte zu vereinigen zur Lösung positiver Aufgaben, dann wird er das große Werk seines Vorgängers, der ihm so tüchtig vorgearbeitet hat auf dem Gebiet der Lösung großer Kulturaufgaben, zu übertrumpfen in der Lage sein. Wenn er aber diesen Aufgaben glaubt ausweichen zu können, dadurch, daß er, wie ich gehört habe, wiederum versuchen sollte, die beiden großen Parteien zu einer Kompromißpolitik von Fall zu Fall mit Mühe und Not zusammenzuschweißen, dann wird er ein mühseliges und beladenes Dasein als Staatsminister führen, um das ihn sicherlich kein deutscher Staatsmann beneiden wird. Wir auf dieser Seite können aussprechen, daß die Ausführungen der beiden Redner der nationalliberalen Partei, der Abgg. Binz und Obkircher, bei uns nicht auf irgend welchen wesentlichen Widerspruch gestoßen sind, wir können sie vollständig unterschreiben, und auch auf dem Gebiete, das ich eben behandelt habe, hat sich, von einigen Einzelheiten abgesehen, gezeigt, daß die Möglichkeit zu einer Verständigung geboten ist. Sache der Regierung ist es, diese Fäden, die heute noch nicht fest geknüpft sind, in die Hand zu nehmen und daraus ein brauchbares Gewebe für das Ganze herzustellen.

Präsident Dr. **Wilckens**: Meine Herren, ich muß auf eine Aeußerung zurückgreifen, die der Herr Abg. Frühauf im Verlaufe seiner Rede gemacht hat. Sie ist dahin gegangen, daß eine grenzenlose Heuchelei darin liege, wenn man auf der einen Seite auf die Einführung der vierten Klasse hinwirke, die den 2 Pfg.-Tarif bringen solle, und wenn man auf der anderen Seite die Eisenbahnkarten besteuern wolle. Der Sinn dieser Aeußerung war nicht vollständig klar. Sie konnte aber in dem Sinn gedeutet werden, als ob der Herr Abg. Frühauf den verbündeten Regierungen oder einer derselben den Vorwurf grenzenloser Heuchelei habe machen wollen. Ich möchte den Herrn Redner bitten, daß er sich darüber ausspricht, ob das in der Tat seine Absicht gewesen ist.

Abg. **Frühauf**: Soviel ich weiß, liegt ein Vorschlag einer Regierung überhaupt noch nicht vor, sondern lediglich vorbereitende Arbeiten der Eisenbahnbureaukratie der einzelnen Regierungen. Ich habe also eine Regierung als solche, als Staatsministerium, inklusive Landesherrn insbesondere, nicht im Auge gehabt.

Präsident Dr. **Wilckens**: Ich kann nur sagen, daß die Aeußerung des Abg. Frühauf sich jedenfalls an der äußersten Grenze bewegt hat, und es richtiger gewesen wäre, wenn er dem eine andere Fassung gegeben hätte, was er hier zum Ausdruck bringen wollte. Ich muß sie nachträglich entschieden rügen.

Abg. **Zehnter** (Zentr.): Der Herr Abg. Frühauf hat in meiner Abwesenheit den Vorwurf erhoben gegen die Zentrumspartei, daß sie sich an der eigentlichen finanziellen Debatte nicht genügend beteiligt habe, so daß es den Anschein habe, daß das Zentrum an der Gestaltung der finanziellen Verhältnisse in Baden eigentlich ein sehr geringes Interesse nehme. Ich muß diesen Vorwurf durchaus zurückweisen. Wir haben schon durch unseren ersten Redner das große Interesse dokumentiert, das wir an diesen Dingen selbstverständlich nehmen, wir haben durch unseren ersten Redner, der zugleich Präsident der Budgetkommission ist, eingehend unsere Stellung zu den großen Fragen des Budgets und der Etatisierung der Finanzwirtschaft in Baden Stellung genommen. Wir halten es aber nicht für eine Aufgabe, in dieser Generaldebatte zum Etat in alle möglichen Details einzudringen, wir halten es auch in diesem Augenblicke nicht für eine Aufgabe des Badischen Landtages, sich in die Details der Steuerprojekte zu verlieren, die gegenwärtig im Reichstage verhandelt worden sind.

Nur ein paar kurze Bemerkungen über die Finanzlage möchte ich machen. Ich stimme dem Herrn Staatsminister darin vollständig zu, wenn er sich nicht darauf einläßt, im allgemeinen Staatshaushalt eine Anleihewirtschaft zu treiben und sich auf den Weg einer Bestreitung der laufenden Ausgaben mit Anleihen zu begeben. Ich würde das für eine sehr bedenkliche Wirtschaft halten. Es ist jetzt schon darauf hingewiesen worden, daß das Reich in der Zeit von 35 Jahren 3½ Milliarden Schulden gemacht hat. Wir wissen außerdem, daß auch die Städte sich mit einer großen Schuldenlast beladen haben, und es wäre meines Erachtens bedenklich, wenn die Einzelstaaten in ihrem allgemeinen Staatshaushalt dazu übergingen, Ausgaben, die ihrer Natur nach aus laufenden Mitteln bestritten werden müssen, auf Anleihetitel zu nehmen. Das würde die Zukunft in einem unzulässigen Maße mit Schulden belasten auf Grund von dem, was die gegenwärtige Generation schafft, und es hieße die Tatkraft der

Zukunft lahmlegen, wenn man alles auf sie abwerfen wollte. In welcher Lage wären wir heute, wenn die Generationen, die vor uns gewirtschaftet haben, ebenso gedacht hätten, wie der Abg. Frühauf denkt, daß wir laufende Bedürfnisse aus dem Titel der Anleihe, nicht aus unseren Einnahmen bestreiten, und daß diejenigen, die nach uns kommen, sehen sollen, wie sie diese Schulden verzinsen und bezahlen? (Zuruf des Abg. Frühauf: Ich sprach von den Eisenbahnschulden.)

Ich komme nun von der allgemeinen Finanzlage auf die Eisenbahnschuld. Ich gebe dem Herrn Abg. Frühauf zu, daß unser gegenwärtiger Staatshaushalt in Baden keinerlei Anlaß gibt zu irgend welcher Schwarzmalerei, zu irgend welchem düsteren Ausblick. Das muß ich aber sagen, daß die Regierung in bezug auf die Eisenbahnpolitik doch mit schwerer Sorge in die Zukunft sehen muß. Wir wissen alle, daß wir vor riesigen Ausgaben stehen in bezug auf den Umbau unserer großen Bahnhöfe, und daß wir in 10 bis 15 Jahren uns mit weiteren 250 Millionen neuer Eisenbahnschulden belastet haben werden, deren Verzinsung allein 8 Millionen beansprucht, abgesehen von der Amortisation, die, wie ich annehmen muß, auch nach der Intention des Abg. Frühauf daneben vor sich gehen soll. Es wird auch nicht ausbleiben, daß wir eine große weitere Belastung des Eisenbahnbudgets dadurch werden vornehmen müssen, daß eine Reihe von Wünschen, die hervorgetreten sind, in sachlicher und in persönlicher Art, erfüllt werden müssen, und die Mittel dazu müssen eben aus der Eisenbahnwirtschaft herausgebracht werden. Wenn wir dazu noch in Betracht ziehen, daß auch die große Reform der Finanzen im Reich vorgenommen werden wird, und daß es dabei voraussichtlich nicht abgehen wird, ohne daß wir in den Einzelstaaten auf Einnahmen verzichten müssen, die wir bisher gehabt haben, dann muß ich allerdings sagen, sehe ich mit einiger Besorgnis der Zukunft entgegen, wenn einmal die Verzinsungen dieser großen Aufgaben an uns herantreten werden, wenn die Amortisation dieser großen Schuld im verstärkten Maße vorgenommen werden muß, und wenn wir dann, wenn die Lage nicht mehr so günstig ist, wie jetzt, nicht mehr imstande sein werden, aus den Einnahmen der Eisenbahnen alle diese Ausgaben zu bestreiten, so daß wir vielleicht dazu gedrängt werden würden, aus dem allgemeinen Staatshaushalt Mittel zu entnehmen, um diese laufenden Schulden der Eisenbahnen zu verzinsen und zu amortisieren. Das halte ich allerdings für einen bedenklichen Zustand, dem wir möglicherweise entgegengehen, denn ich bin der Meinung, daß auch im allgemeinen Staatshaushalt die Ausgaben derart wachsen werden, daß auch die Einnahmen entsprechend höher steigen müßten, wie die Ausgaben. Ich bin durchaus ein Anhänger des Standpunktes, den auch der Abg. Frühauf einnimmt, daß man die Eisenbahnverwaltung vollständig trennt von der übrigen Staatsverwaltung. (Zuruf des Abg. Frühauf: Sehr richtig!) Er wird mich immer auf seiner Seite haben, wenn es sich darum handelt, die 2 Millionen der Schuldentilgungskasse aus dem allgemeinen Staatshaushalt zu streichen. Der Abg. Frühauf wird in Konsequenz davon dazu kommen müssen, daß, wenn die Mittel der Eisenbahnen nicht mehr ausreichen, die Ausgaben der Eisenbahnverwaltung zu tragen, Sorge dafür getragen wird, damit nicht die allgemeine Staatsverwaltung herangezogen wird, um jene Ausgaben der Eisenbahnverwaltung zu decken. Ich halte den Herrn Abg. Frühauf für einen großen Optimisten, wenn er diesen dunklen Sorgen keine Bedeutung beimessen will.

Der Herr Abg. Frühauf hat sodann auch davon gesprochen, daß man die Finanzreform im Reiche hätte zurückstellen sollen bis nach Einführung des neuen Zolltarifs. Dem kann ich bis zu einem gewissen Grade zustimmen; es wäre gewiß wünschenswert gewesen, wenn man erst einmal die Wirkung der neuen handelspolitischen Beziehungen abwarten könnte, um dann an die Reichsfinanzreform heranzugehen. Aber der Herr Abg. Frühauf hat doch selbst erklärt, daß es eine Reihe von Jahren dauern wird, bis diese Gestaltung der Dinge in bezug auf die Reichsfinanzen gewissermaßen in einen Beharrungszustand tritt, und so lange könnte die Reichsfinanzreform nicht hinausgeschoben werden. Man mußte möglichst rasch und möglichst jetzt schon an die Sache herantreten. Man kann jetzt ungefähr übersehen, was der Zolltarif in der nächsten Zeit bringen wird und darauf muß man seine Rechnung aufbauen. Daß diese neue Reichsfinanzreform endlich einmal durchgeführt wird, das liegt nicht nur im Interesse des Reichs, das liegt ebenso im Interesse des badischen Staates und liegt ebenso im Interesse der Einzelstaaten überhaupt.

Was nun die Führung der Eisenbahnverwaltung anbelangt, insbesondere in bezug auf die Berücksichtigung der Wünsche der Beamten, so muß ich sagen, ich bin in den letzten sieben Jahren sehr oft nach Berlin gefahren auf verschiedenen Strecken, aber die Wahrnehmung des Abg. Frühauf habe ich nicht gemacht, daß man es sofort den Gesichtern ansieht, den abgemagerten oder runden Gesichtern, ob man auf badischem oder preußischem Gebiet fährt. (Zuruf des Herrn Abg. Frühauf: Bei Personen- und Güterzügen.) Ich habe die Wahrnehmung gemacht — vielleicht ist es anders an der Grenze, wo das bayerische Bier aufhört —, daß die Leute überall gleich aussehen; es gibt überall Leute mit vollen und mageren und mit schmalen Gesichtern, dickbäuchige und solche mit eingesunkenem Bauch. Das ist eine Phantasie, die der Herr Abg. Frühauf aufgestellt hat.

So viel zu der Finanzdebatte, und nun will ich mich kurz der eigentlichen politischen Debatte zuwenden, um auf einzelne Punkte zu erwidern, die im Verlauf der Diskussion hervorgetreten sind.

Und da will ich mich gleich dem allerwichtigsten Gegenstand zuwenden, nämlich dem „Waldmichel". (Heiterkeit.) Denn wenn man diese Debatte in den letzten Tagen hier in diesem Hohen Hause gehört hat, so hat man wirklich den Eindruck bekommen müssen, sowohl bei den Reden von seiten der Regierung als auch von seiten der nationalliberalen Partei, als ob in der ganzen badischen Politik gar nichts wichtigeres existiere, als dieser „Waldmichel", und das scheint mir doch eine große Aufbauschung einer verhältnismäßig recht kleinen und unbedeutenden Sache zu sein. (Widerspruch links.) Der Herr Staatsminister hat gesagt, dieser „Waldmichel" enthalte nichts, was nicht wahr sei, aber vieles sei wahr, was in diesem „Waldmichel" nicht enthalten sei. Nun bin ich allerdings der Meinung, daß man von einem wissenschaftlichen, historischen Werk verlangen muß, daß es nach allen Seiten die Dinge beleuchtet und daß es Licht und Schatten vollständig gleich verteilt. Aber soweit ich den „Waldmichel" aufgefaßt habe in seiner Bedeutung und Tendenz, hat er niemals den Anspruch erhoben, ein wissenschaftlich historisches Werk zu sein, sondern keinen anderen Anspruch, als ein Wahlflugblatt zu sein, und ich habe immer gefunden, daß Wahlflugblätter eben die Sache darstellen von ihrem Standpunkt aus, und ich glaube, der Herr Staatsminister hat diesem „Waldmichel" gar keine so schlechte Note ausgestellt mit seiner Bemerkung. Ich wäre sehr zufrieden, wenn alle Wahlflugblätter und Wahlartikel auf dem Standpunkt stünden, daß sie nichts positiv Unwahres sagen und nur die Dinge in der Beleuchtung darstellten, die eben in die Parteikonstellation und in die Parteibestrebungen hinein-

paßt. Das geschieht aber nicht immer. Ich muß sagen, nach der Erfahrung, die ich gemacht habe, stehen die Wahlflugblätter im allgemeinen nicht auf diesem Standpunkt, und vor allem wäre ich in der Lage, Ihnen eine ganze Reihe von Leistungen aus dem letzten Wahlkampf vorzuführen, z. B. in bezug auf den sogenannten Volksverrat, die durchaus sich nicht darauf beschränkt haben, nur das hervorzuheben von ihrem Standpunkt aus, was ihrem Standpunkt entspricht, sondern die sich auch dazu verstanden haben, positiv unwahre Behauptungen aufzustellen. (Sehr richtig! beim Zentrum.) Also, ich glaube, man kommt zu einem ungerechten Urteil, wenn man an diesen „Waldmichel", der nichts anderes war, als ein Wahlflugblatt, den Maßstab eines geschichtlichen wissenschaftlichen Werkes anlegt.

Ich will noch etwas anderes sagen in bezug auf den „Waldmichel". Der Herr Abg. Binz war es meines Wissens, der aus diesem „Waldmichel" heraus einen Widerspruch hat konstruieren wollen zwischen dem „Waldmichel" und seinen Tendenzen und dem, was von seiten der Zentrumspartei hier in diesem Hause oder auch außerhalb des Hauses gelegentlich erklärt worden ist, über die Stellung, die die Zentrumspartei zu jenen alten Streitfragen aus den 60er, 70er und 80er Jahren usw. eingenommen hat. Soweit ich den „Waldmichel" gelesen habe, habe ich nirgends gefunden, daß er irgendwelche politische Forderungen aufstellt. Der „Waldmichel" hat auch nicht die Tendenz eines Programms gehabt, sondern seine Tendenz war lediglich die, hinzuweisen auf das, was die nationalliberale Partei in der Vergangenheit getan hat gegenüber kirchlichen und religiösen Fragen, und daraus die Folgerung zu ziehen, daß, wenn die nationalliberale Partei wieder zu der früheren Stärke und zu der alten Macht zurückkehren würde, von ihr gegenüber den Interessen der Kirche dasselbe Gebahren zu erwarten sein würde, wie in den 60er bis 80er Jahren. Das ist meines Wissens die Tendenz des „Waldmichel" gewesen, und nichts steht in diesem „Waldmichel" in Widerspruch mit der Taktik und den Forderungen und dem Programm, die das Zentrum aufgestellt hat, und die es heute ebenso wie gestern und auch in der Zukunft festhalten wird. (Beifall beim Zentrum.)

Im übrigen kann ich dem Verfasser dieses „Waldmichels" wohl überlassen, das weitere selbst auszuführen. Nur diese beiden großen Gesichtspunkte habe ich hervorheben wollen und im übrigen begnüge ich mich damit, zu sagen, daß dieser „Waldmichel" die Partei als solche nichts angeht. Es kann nicht gesagt werden, daß das irgendwie eine offizielle Zentrumssache sei, so wenig wie Sie das behaupten können von irgend einem Leitartikel, der aus einer Korrespondenz entnommen wird und vielleicht in alle Blätter übergeht.

Sodann möchte ich zurückkommen auf eine Aeußerung, die der Herr Minister des Innern gegenüber einer Bemerkung des Abg. Fehrenbach getan hat. Der Herr Abg. Fehrenbach hat mehr oder weniger sich darüber beschwert oder wenigstens darauf hingewiesen, in einer von uns wenig angenehm empfundenen Weise, daß die Leute aus den Kreisen des Zentrums so wenig zu den Stellen in der Selbstverwaltung herangezogen werden, wie es tatsächlich bisher der Fall war. Dem gegenüber hat der Herr Minister des Innern gemeint, das sei eine Sache, die sehr leicht erklärlich sei. Das Zentrum sei eine rückständige Partei, wer irgend etwas von Intellekt und Bildung besitze, der sei gemäßigtliberal, nationalliberal (Heiterkeit beim Zentrum). Nun das möchte ich dem Herrn Minister des Innern doch nicht so ohne weiteres passieren lassen. Das kann ja so sein, möglicherweise in solchen Bezirken, wo die nationalliberale Partei ihre Mandate herholt, aber in den Bezirken, aus denen wir unsere Mandate beziehen, da ist im großen und ganzen die Bevölkerung auf unserer Seite, und es fehlt nicht an Leuten, die die Eigenschaften haben, das zu leisten, was in der Selbstverwaltung in den Stellen geleistet werden muß, wenn man nur den Versuch machen wollte, die Leute dazu heranzuziehen. Wir haben bei dem letzten Wahlkampf meines Wissens nahezu 70 Kandidaten in den verschiedenen Bezirken aufgestellt und wir waren nicht in großer Verlegenheit, überall Männer zu finden, von denen wir sagen mußten, sie sind in der Lage und geeignet, einen Posten hier im Hause auszufüllen, und wir haben 28 Leute hierhergeschickt, und wenn man die Kollektion auf dieser Seite vergleicht mit der auf einer anderen Seite, dann können wir die Konkurrenz immer noch aushalten. Ich möchte also den Herrn Minister des Innern bitten, nicht zu ängstlich zu sein, und nur einmal die Probe zu machen. Aber auf diese Probe ist man freilich bisher sehr schwer zu bringen gewesen, und die Folge davon ist die, daß man in den Kreisen der Bevölkerung die Meinung hegt — und diese Meinung basiert offenbar auf einer langen praktischen Erfahrung —, daß derjenige, der in Baden innerhalb der Selbstverwaltung etwas erreichen will, nicht auf der Seite des Zentrums stehen darf.

Es ist sodann vielfach im Laufe der Debatte davon die Rede gewesen, ob unsere Behauptung wahr sei, daß wir wieder in einem neuen Kulturkampf stehen, und es ist die Frage aufgeworfen worden, wer die Schuld an der gegenwärtigen Verschärfung der konfessionellen Gegensätze namentlich in Baden trägt. Von seiten der Herren Nationalliberalen ist nun entschieden die Behauptung zurückgewiesen worden, als ob ein neuer Kulturkampf im Werke sei und von ihnen inszeniert werde. Aber ich glaube, man kann diese Behauptung doch wohl nur aufstellen, wenn man die Augen verschließt vor Dingen, die offenkundig daliegen. Zum Beweise dafür, daß in der Tat ein derartiger Kulturkampf im Werke ist, will ich Sie nur auf einige Tatsachen hinweisen.

Zunächst ist es die ungeheure Entrüstung, die man anläßlich der Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes künstlich inszeniert hat, ganz im Gegensatz zu der Haltung, die man in den 1890er Jahren eingenommen hat, und die von den hervorragendsten Männern der nationalliberalen Partei auch im Reichstage vertreten worden ist. Sodann erinnere ich Sie an den Klosterrummel, den man vor einigen Jahren in Baden in Szene setzte. Ich darf Sie ferner hinweisen auf den Angriffssturm, den man gegen den § 166 St.G.B. unternahm; ich darf Sie weiter, was speziell badische Verhältnisse anbelangt, hinweisen auf die scharfen und gehässigen Angriffe, die man gegen die Kleinkinderschulen und Nähschulen gerichtet hat, die von seiten barmherziger Schwestern in Baden eingerichtet worden waren, nach meiner Ueberzeugung und auch nach der Ueberzeugung eines weiten Kreises der Bevölkerung Angriffe, die durchaus unberechtigt waren. Denken Sie weiter an die heftigen Angriffe, die auf dem vorigen Landtag und außerhalb jenes Landtages gegen die sogenannten erzbischöflichen Knabenkonvikte, die sich an einzelnen Gymnasien des Landes befinden, gemacht wurden. Denken Sie auch an die Angriffe gegen eine Anstalt, die unter geistlicher Leitung steht und gar von einem Geistlichen gegründet worden ist, nämlich die „Lenderscher Anstalt", die so außerordentlich nützlich gewirkt hat und sich eines weiten Rufes auch außerhalb der Grenzen des Großherzogtums erfreut. Eine vollständige Attacke hat man gegen die geistlichen Lehrer an den Mittelschulen im Großherzogtum Baden unternommen, eine Attacke, die allerdings gerade das Gegenteil von dem erwies, was man dabei herausreiten zu können hoffte. Ich darf Sie sodann, um diese Kulturkampfstimmung zu charakterisieren, auch

noch darauf hinweisen, mit welch großem Vergnügen man immer die Reden angehört hat, von den Herren Schwarz, Boehtlingk, Hoensbroech, Häckel, Graßhoff u. A., die gerade die Kirche — und mit der Kirche auch die Religion — zum Gegenstand ihrer zum Teil schimpflichen Verhöhnung gemacht haben.

Es ist nicht nötig, Ihnen überdies noch hervorzuheben, daß man bereits auch gegen die katholische Geistlichkeit des Landes durch das ganze Land hindurch Untersuchungen eingeleitet hat (Zentrum: Hört, hört!), daß man bereits wieder im Begriffe ist, ein Martyrium des geistlichen Amtes zu schaffen, genau so, wie es in den siebziger Jahren einmal geschaffen worden ist. Aber damals sind die Dinge nicht sonderlich gut ausgegangen, und ich erinnere mich an eine Zeit, wo man sich eifrig bemüht hat, die Reste, die — ich habe hier ganz bestimmte Dinge im Auge — an praktischen Folgen noch vorhanden waren, aus der Welt zu räumen und sie der Vergessenheit anheimzugeben. Und heute, noch nicht dreißig Jahre später, wandeln Sie, im Verein mit dem Herrn Minister des Innern, auf den gleichen Spuren.

Ich möchte Ihnen anheimgeben, meine Herren, sich jener Zeit zu erinnern, und die Folgen zu bedenken, die jenes frühere Vorgehen hervorgerufen hat. (Sehr gut! beim Zentrum.) Ja, ich gehe noch einen Schritt weiter, damit auch der letzte Zug, der letzte Pinselstrich bei dem Bilde aus dem alten Kulturkampf nicht fehle. Nach dem, was mir gesagt worden ist, erwägt die nationalliberale Partei bereits auch die Frage, ob sie nicht aus dem Kultusbudget Posten herausstreichen wolle, die sie früher als berechtigt anerkannt und bewilligt hat.

Wenn man das alles zusammenfaßt, kann man doch unmöglich der Meinung sein, daß wir uns nicht wieder in einem Kulturkampf befinden. (Sehr gut!)

Ich will noch einen Augenblick zurückkommen auf die programmatische Erklärung, die der Herr Staatsminister neulich im Laufe seiner Rede abgegeben hat. Der Herr Staatsminister hat erklärt, daß die neue Regierung, an deren Spitze er stehe, ihre Geschäfte in der alten Weise fortführen werde, daß sie auf den gleichen Wegen eines „gemäßigten Fortschrittes" wandeln werde, ebenso wie die abgegangene Regierung, die durch den Namen des Herrn von Brauer gekennzeichnet ist. Diese Erklärung des Herrn Staatsministers ist etwa, glaube ich, im großen und ganzen mit denselben Worten gegeben wie diejenige Erklärung, die seinerzeit der Herr von Brauer an der Stelle abgegeben hat, an der jetzt der Herr Staatsminister von Dusch steht. Aber, es kommt eben nicht blos darauf an, daß man Programme in Worten aufstellt, sondern darauf, wie man diese Programme in der Praxis ausführt. (Zentrum: Sehr richtig.) Und ebenso, wie eine sehr erhebliche Nuance zu bemerken war zwischen der praktischen Geschäftsführung der Großh. Regierung unter dem Ministerium des Herrn von Brauer im Vergleich zu der Geschäftsführung der vorausgegangenen Ministerien, die sich auch immer als gemäßigt bezeichnet haben, ebenso gewiß ist es, daß seit dem Abgange des Herrn von Brauer eine gewisse Schwenkung in der Großh. Regierung bemerkt worden ist, d. h. ich will mich etwas präziser ausdrücken und einstweilen nur sagen, eine Schwenkung ist bemerkt worden in der Art und Weise, wie das Großh. Ministerium des Innern geführt wird. Die Tatsache dieser Schwenkung zeigt vor allem die Art und Weise, wie bei den letzten Wahlen die Großh. Amtsvorstände sich an der Wahlagitation beteiligt haben. Es ist gewiß ein erheblicher Unterschied zu bemerken gewesen zwischen der Art und Weise des Auftretens der Großh. Amtsvorstände unter den früheren Ministerien (*vor* dem Herrn von Brauer und *unter* dem Ministerium des Herrn von Brauer) und der Art und Weise, wie *seit* dem Abgang des Ministeriums Brauer die Amtsvorstände sich verhalten. Es ist gar nicht zu verkennen, daß hier ein bedeutender Ruck des Staatsministeriums nach der Seite der nationalliberalen Partei gemacht worden ist, und daß das Ministerium des Innern auf dem besten Wege dazu begriffen ist, wieder eine nationalliberale Parteiherrschaft einzuführen, während man früher das Gefühl hatte, daß in der Tat eine Regierung da ist, die sich bestrebt, über den Parteien zu stehen. (Sehr richtig! im Zentrum.) Wenn eine Regierung erklärt, sie stehe über den Parteien, und sie habe das redliche Bestreben, über den Parteien zu stehen, dann muß dieses Bestreben notwendig auch zum Ausdruck kommen. Und dann ist es nach meiner Meinung eine contradictio in adjecto, es ist ein innerer Widerspruch in sich selbst, wenn der Herr Minister des Innern erklärt, er gehöre einer Regierung an, die bestrebt sei, über den Parteien zu stehen, während gleichzeitig seine Beamten draußen im Lande, die doch seine Politik vertreten sollen, in einer so prononcierten Weise im politischen Kampfe hervortreten und zwar für eine einzelne politische Partei!

In Anknüpfung an das Gesagte will ich sodann noch einen Punkt berühren, den der Herr Minister des Innern auch behandelt hat, nämlich die Affäre Giehne-Stadler in Meßkirch. Es ist eine Tatsache — sie ist mir vorgetragen worden und hat in den Zeitungen gestanden —, daß der Kandidat des Zentrums das Bedürfnis in sich gefühlt hat — offenbar, weil er nicht der Mann der starken Opposition ist und mit seiner vorgesetzten Dienstbehörde immer in freundlichen Beziehungen zu stehen sucht — eines Tages zu dem Oberamtmann Giehne in Meßkirch zu gehen und sich mit dem Letzteren auszusprechen. Diese Aussprache hat dann der Oberamtmann Giehne sofort im politischen Wahlkampf ausgeschlachtet gegen den Zentrumskandidaten. Ich kann sagen, es hat mich in hohem Grade verwundert, daß der Herr Minister des Innern nichts zu tadeln gefunden hat an diesem Verhalten seines Oberamtmanns: der Herr Minister hat gemeint, es sei nichts ausgemacht worden darüber, daß die Sache vertraulich zu behandeln sei, und so sei der Oberamtmann berechtigt gewesen, die Sache im Wahlkampf auszuschlachten. Ein notarieller Vertrag ist allerdings nicht aufgenommen worden, daß diese Besprechung vertraulich zu behandeln sei. Aber ich möchte den Herrn Minister des Innern fragen: zweifelt er daran, daß Herr Stadler, als er zu Herrn Giehne ging in der Intention und in der Meinung, daß eine vertrauliche Aussprache stattfinden solle, nicht im Entferntesten daran gedacht hat, daß das, was er Herrn Giehne mitteilte, gegen ihn im politischen Wahlkampf ausgenützt werde? Ich zweifle nicht, daß der Herr Minister des Innern mit mir diese Frage bejahen wird. Und dann frage ich weiter: Nimmt nicht auch der Herr Minister des Innern an, daß der Oberamtmann Giehne diese Intention, in der Herr Stadler zu ihm kam, vollständig zum Bewußtsein gekommen ist? Zweifelt der Herr Minister des Innern daran, daß der Herr Oberamtmann Giehne durchaus das Bewußtsein gehabt hat, daß Herr Stadler glaubte, eine vertrauliche Aussprache mit ihm zu haben? Ich zweifle daran nicht, und ich bin fest überzeugt, daß der Herr Minister des Innern auch nicht daran zweifelt. Wenn aber dem so ist, so ist vollkommen klar, daß es sich um eine diskrete Sache handelt, um eine Sache, die von Herrn Stadler nicht vorgebracht worden wäre, wenn er die leiseste Ahnung hätte haben können, daß nicht auch von der anderen Seite die Sache als diskret behandelt würde. In einer solchen Situation gab es nur zwei Möglichkeiten: Entweder der Oberamtmann Giehne erklärte Herrn Stadler, als er mit seinem Anliegen kam: „Herr

Stadler, ich wünsche mich nicht über diesen Gegenstand mit Ihnen zu unterhalten, sprechen wir über etwas anderes." (Abg. Heimburger: Das hat er ihm ausdrücklich gesagt!) (Minister Dr. Schenkel: Gewiß, das hat er ihm gesagt!) Das habe ich bisher nicht gelesen. Dann hätte er das Gespräch abbrechen sollen. (Minister Dr. Schenkel: Der Aktuar war ja dabei, er hat alles gehört.) Dann verstehe ich aber nicht, wie es zu einem so langen Gespräche kam, wie aus dem Flugblatt zu schließen ist. (Minister Dr. Schenkel: Da fragen Sie den Herrn Stadler.) Dann hätte der Oberamtmann Giehne ihm doch sagen können: Wir sind jetzt miteinander fertig. (Minister Dr. Schenkel: Gewiß, Herr Stadler hat aber immer in einem fort auf ihn eingeredet.) Ich verstehe aber nicht, daß da der Oberamtmann Giehne sich nicht anders zu helfen wußte, als das, was ihm der Mann gesagt hat, am nächsten Tag in einem Flugblatt zu bringen. (Abg. Frühauf: Die Intelligenz des Herrn Stadler!) Fair war das nicht. Ich meine, es entspricht das nicht dem, was man von einem Mann in einer Vertrauensstellung erwarten darf, wie ein Oberamtmann sie genießt. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Ich sage also, das Vorgehen der Oberamtmänner bei den letzten Wahlen ist für mich ein Symptom dafür, daß im Ministerium des Innern in der Tat das Ruder gedreht worden ist nach der Seite eines nationalliberalen Parteiregiments; und das zweite Symptom liegt für mich darin, daß im selben Moment, wo die nationalliberale Partei das Bedürfnis gefühlt hat, im Hinblick auf die letzten Wahlen gegen die politische Tätigkeit der katholischen Geistlichen sich zu wehren, weil sie von dieser Tätigkeit eine Schmälerung ihrer Wahlinteressen und ihres Erfolges dauernd befürchtet, daß im selben Moment das Ministerium des Innern sich veranlaßt gesehen hat, eine Razzia auf die katholischen Geistlichen zu unternehmen vom Bodensee bis zur Tauber. Dazu war keine Veranlassung gegeben. Ich habe gar nichts dagegen, wenn in einem einzelnen Falle, der dem Ministerium des Innern oder dem Kultusministerium zur Kenntnis kommt, nähere Erhebungen gemacht werden. Aber eine Maßregel in der Weise einzuleiten, wie das vonseiten des Ministeriums des Innern geschehen ist, eine Verfolgung zu inscenieren gegen ca. 1200 Geistliche deshalb, weil möglicherweise ein halbes oder ein ganzes Dutzend oder auch zwei Dutzend sich verfehlt haben könnten, das ist etwas, was keine innere Berechtigung hat, und was man nicht tun darf, wenn man nicht den Schein auf sich ziehen will, als ob man im Interesse einer bestimmten Partei tätig sei.

Nun will ich auch noch einen Augenblick zu sprechen kommen auf die Frage des Verhaltens der Großh. Regierung in Bezug auf das sogenannte Bündnis der Liberalen mit der Sozialdemokratie. Ich glaube, die Regierung insgesamt ist kaum jemals ernsthaft in den Verdacht gekommen, daß sie den Segen über dieses Bündnis gesprochen hätte. Ich glaube, es haben sich nicht viele Leute die Sache so vorgestellt, als ob man im Staatsministerium einen Beschluß gefaßt hätte, diesem Bündnis die Zustimmung zu erteilen. Der Verdacht, daß eine Begünstigung, eine Zustimmung vorliegt, hat sich wiederum nur gerichtet gegen den Herrn Minister des Innern. Und da muß ich sagen, es liegen einige Momente vor, die es verständlich machen, daß dieser Verdacht aufgetaucht ist, und weitere Verbreitung gefunden hat. Da möchte ich zunächst — und das ist das Grundlegende nach meiner Meinung — auf den Vorgang hinweisen, der am 22. Februar 1904 hier in diesem Hause geschah. Damals hat der Herr Minister des Innern in einer Polemik gegen den Herrn Abg. Eichhorn erklärt, er habe durchaus nicht gesagt, daß die sozialdemokratische Partei zu ihrer Größe und Bedeutung gekommen sei durch eine wilde Agitation und Aufreizung der Leidenschaften des Volkes, sondern der Herr Minister hat gesagt, er sei der Meinung, daß die Sozialdemokratie zu einem großen Teil eine durchaus berechtigte, aus gesunden, guten Motiven hervorgegangene Bewegung sei; und er hat weiter beigefügt: „Ich möchte daher die Vertreter dieser Partei gar nicht in diesem Hause missen". Ich glaube, wenn ein Minister in der Kammerverhandlung sich in dieser Weise ausspricht, wenn er hinterher, sobald irgend welche neuen Verdachtgründe hervortreten, in den Verdacht kommt, daß er dem Bündnis mit der Sozialdemokratie zugestimmt habe (Abg. Eichhorn: Soll er sagen, wir sollen aus dem Hause wegbleiben?) — garnichts soll er sagen (anhaltend große Heiterkeit); nun wissen wir ja alle, daß diese Aeußerung des Herrn Ministers des Innern damals ein großes Erstaunen hervorgerufen hat; nicht bloß in diesem Hause, sondern auch außerhalb des Hauses; ich brauche Sie nur zu erinnern an die Namen Bassermann und Wittum.

Was speziell den Abg. Wittum anbelangt, so hat er etwa 8 Tage nach dem 22. Febr. hier im Hause Veranlassung genommen, eine sehr scharfe Rede gegen den Herrn Minister des Innern zu halten. Er hat erklärt, mit einer gewissen Feierlichkeit, er stehe nun 37 Jahre im öffentlichen Kampfe und im Kampfe gegen die Sozialdemokratie, die er immer für eine gefährliche Partei gehalten habe. Nachdem er aber diese Rede des Herrn Ministers gehört habe, verzichte er auf den Kampf mit der Sozialdemokratie (Zwischenruf des Abg. Schneider: Hat doch nicht verzichtet). Der Herr Abg. Wittum wäre wahrscheinlich nicht dazu gekommen, damals dieses böse Beispiel des Friedensschlusses mit der Sozialdemokratie zu geben, wenn er eine Ahnung davon gehabt hätte, daß dieses Beispiel eine so rasche Nachfolge bei seiner ganzen Fraktion und bei seiner ganzen Partei finden würde. Damals, als der Herr Abg. Wittum diesen Friedensschluß ankündigte, hat ihm der Herr Abg. Eichhorn oder ein anderer von der sozialdemokratischen Partei ein Bravo zugerufen. Der Herr Abg. Wittum hat darauf erwidert: Ja, natürlich darnach ist Freude in Israel! Ich glaube aber, heute haben die Herren von der soz. Partei viel, viel mehr Veranlassung Freude in Israel sein zu lassen, als damals, wo es sich nur um einen einzigen Mann handelte, der seinen Frieden mit der Sozialdemokratie machte. Also ich sage, nach dieser seiner Aeußerung kann sich der Herr Minister des Innern eigentlich nicht wundern, wenn man bei späteren Vorgängen daran erinnert hat, und wenn man darin eine gewisse Andeutung dafür zu finden glaubt, daß der Herr Minister des Innern der sozialdem. Partei nicht so ablehnend gegenübersteht, wie man es sonst allenfalls von einem Minister des Innern annehmen würde, wie man es insbesondere von dem früheren Minister des Innern angenommen hat. Als dann der bekannte erste Artikel in der „Karlsruher Zeitung" kam, der herunter fiel, wie ein Regen aus heiterem Himmel, ohne daß die „Karlsruher Zeitung" vorher in diesem Wahlkampf irgendwelche Stellung genommen hatte, als dieser Artikel erschien und dann wenige Tage darauf bekannt wurde, daß die nationalliberale Partei das Bündnis mit der Sozialdemokratie geschlossen habe, da war es doch ganz natürlich, daß die Leute auf die Vermutung kamen: Nun diese Andeutungen, die damals in der „Karlsruher Zeitung" gestanden waren, haben das vorausgesagt, was jetzt praktisch eingetreten ist. Es ist hier zweifellos von seiten des Ministeriums des Innern eine innere Zustimmung zu diesem Wahlbündnis vorhanden gewesen und diese Meinung hat eine weitere Verstärkung erfahren, als man dann später bei der Stichwahl gesehen hat, in welcher Weise sich die Amtsvorstände mit diesem erweiterten Block

zusammenwarfen und gemeinschaftlich mit diesem arbeiteten. Ich darf Sie auf den bekannten Artikel in der „Straßb. Post" hinweisen, der ein großes Loblied auf den Amtsvorstand in Donaueschingen singt, von dem u. a. gesagt wird, daß er in den prächtigsten Worten den Pakt zwischen den Nationalliberalen und den Sozialdemokraten beleuchtet habe, und daß er dafür so schöne Worte gefunden habe, daß eine wahre Begeisterung sich der in dieser Versammlung Anwesenden bemächtigt habe. (Sehr gut.) Ferner darf ich auch darauf hinweisen, daß neuerdings ähnliche Dinge auch in Stockach vorgekommen sind, wo bei ein- und derselben Versammlung in vollständiger Einträchtigkeit der nationalliberale, der demokratische und der sozialdemokratische Abgeordnete Reden gehalten haben. Uebrigens war das nicht blos bei der letzten Stichwahl im Januar, sondern ähnliche Dinge sind auch schon mit dem Abg. Venedey (Heiterkeit. Zwischenrufe. Glocke des Präsidenten.). Lassen Sie mich doch ausreden, ich sage nichts gegen den Abg. Venedey, ich fürchte seine Republik nicht. Damals ist in den Zeitungen berichtet worden, daß der Herr Oberamtmann von Stockach, der damals gewählte Abg. Hauser, der erste Staatsanwalt Junghans und der Abg. Venedey eine Art Siegesfeier abgehalten hätten, und daß bei dieser Gelegenheit der Abg. Venedey eine fulminante Rede gegen den bekannten dritten Artikel der „Karlsr. Ztg." gehalten habe. Man hat aber nichts davon gelesen, daß der Herr Oberamtmann Korn irgend wie sich veranlaßt gefühlt hätte, die Stellung der Großh. Regierung in dieser Sache zu vertreten und darzulegen. Ich habe immer gemeint, die Großh. Amtsvorstände seien dazu berufen, die Stellung der Großh. Regierung im großen und ganzen nach außen zu dokumentieren und sich jedenfalls mit ihrer Politik, mit der Politik der Großh. Regierung, nicht in Widerspruch zu setzen. Ich muß freilich zugeben, in jenen Tagen des Oktober war im Großherzogtum Baden eine Verwirrung der Geister eingetreten, so daß man eigentlich garnicht mehr wußte, wer der Herr und wer der Knecht sei. Man wußte, daß der Landesherr durch Dezennien hindurch einen Wunsch ausgesprochen hatte und daß er es noch getan hatte am 9. Sept., dahingehend, es möchten die bürgerlichen Parteien sich verständigen und denjenigen Bestrebungen entgegentreten, die man als auf den Umsturz der Dinge ausgehend bezeichnet. Das wußte man. Man sah aber auf der anderen Seite, daß Großh. Amtsvorstände die prächtigsten Reden auf den Block hielten, man sah, daß sie diese Bestrebungen unterstützten, man hatte damals auch den Verdacht, und zwar den auf Tatsachen gegründeten Verdacht, daß auch in der Großh. Regierung diese Stimmung nicht vollständig abgelehnt würde. Es kamen dazu die Vorgänge in den Militärvereinen, und so war in der Tat eine Situation eingetreten, bei der niemand mehr wußte, wer eigentlich im Großherzogtum Baden Politik mache, ob die Großh. Amtsvorstände oder wer sonst. Nun da ist es doch erklärlich, wenn der Herr Minister des Innern in den Verdacht kam, daß er diese Dinge nicht in dem Maß ablehne, wie man es erwartet hatte.

Ich will nun auch auf das Bündnis der Nationalliberalen und der Sozialdemokratie noch einige Augenblicke eingehen. Die nationalliberale Partei, ich rede nicht von den Demokraten und nicht von den Freisinnigen, die ja von früher her eine wesentlich andere Stellung in diesen Dingen eingenommen haben, hat geglaubt, sich bis zu einem gewissen Grade dadurch zu entlasten (wenn ich sagen darf), daß sie hingewiesen hat auf Vorgänge in Bayern, wo faktisch auch Zentrumsleute für den Sozialdemokraten gestimmt hätten. Die nationalliberale Partei, die sich sonst so schroff gegenüber dem Zentrum ablehnend verhält, glaubt nun auf einmal einen Trost darin zu finden, daß sie auf Andere hinweist, die auch schon ähnliches getan hätten. Meine Herren, ich glaube, es ist zwar angenehm, daß man „socios habet malorum", aber ich glaube, in diesem Fall war die Berufung auf das Zentrum nicht gerade sehr geeignet, die Nationalliberalen zu entlasten. Das Groteske an der ganzen Situation ist, daß die Nationalliberalen mit der Sozialdemokratie diesen Pakt abgeschlossen haben, das Groteske, das ganz Außergewöhnliche, das ganz Unerhörte (wie eine norddeutsche Stimme im „Schwäbischen Merkur" und nicht der Herr Geistliche Rat Wacker ausgesprochen hat,) liegt in dem großartigen Gegensatz zu all den Worten, die die Nationalliberalen in der Vergangenheit gesprochen haben (Abg. Dr. Binz: Wie Ihr Gegensatz heute und in der Vergangenheit.)

Wenn man sich erinnert, welch ungeheurer Aufwand von sittlichem Pathos, von patriotischen, nationalen und von monarchischen Gefühlen die nationalliberale Partei macht, wenn sie darauf hinweisen kann, wenn so ein armes Männchen aus dem Zentrum einmal einen Fehltritt tut, und wenn man demgegenüber das allgemeine Verhalten dieser Partei vergleicht, dann kann man allerdings sagen: unerhört! und wenn man an die Ströme von Tränen denkt, die die Herren Ende der achtziger Jahre vergossen haben aus Schmerz darüber, daß man den Wunsch des Landesherrn außer acht ließ und die Residenz der Sozialdemokratie auslieferte, wenn man darauf hinblickt, wie man das als einen ungeheuren Verstoß gegen die Ehrfurcht und Hochschätzung gegen den Landesherrn bezeichnet hat, dann meine Herren, kann man nur sagen: Es ist unerhört, zu sehen, wie dieselbe Partei jetzt gehandelt hat, nachdem der Landesherr doch noch einige Jahre älter und gewiß noch ehrwürdiger geworden ist, und wie sie sich selbst in Widerspruch mit den Wünschen des Landesherrn gesetzt hat, von dem doch allgemein bekannt ist, daß er mit diesem Vorgehen der Nationalliberalen nicht einverstanden ist. (Zwischenruf: Und was hat der Waldmichel getan?) Ich sage aber, das Allerunerhörteste ist (Abg. Dr.. Binz: Aber das Unangenehmste), daß nun die Herren mit larmoyanter Stimme und mit einem patriotischen Augenaufschlag erklären, sie hätten es als ein ungeheures Opfer empfunden, das sie im Interesse des Vaterlandes gebracht hätten, indem sie diesen Pakt mit den Sozialdemokraten geschlossen hätten. Meine Herren, wenn man derartiges hört, möchte man wünschen, es lebten noch die Molières, die in der Lage wären, die Lauge des Spottes in genügendem Maße über eine derartige Motivierung auszugießen. (Sehr gut bei den Nationalliberalen!) Ich weiß ja wohl, monatelang bevor dieser Pakt abgeschlossen worden ist, ist schon gesagt worden, wenn wir nicht zusammengehen mit den Sozialdemokraten, dann kommt das Land unter das Joch reaktionärer Ultramontanen oder Kirchlich-Reaktionärer. Diese Stimmen sind zuerst hervorgetreten in der demokratischen Presse, und dann ist man allmählich auch in der nationalliberalen Presse zu diesem übergegangen. Sie alle aber, die so geschrieben haben, haben genau gewußt, daß von einer Zentrumsmehrheit im Landtag gar keine Rede sein konnte.

Der Abg. Süßkind hat — und Süßkind ist ein guter Prophet — als die Wahlkreiseinteilung vor zwei oder drei Jahren vorgelegt wurde, gesagt: Ihr kriegt höchstens 31 Sitze. Und mehr haben wir tatsächlich in unseren kühnsten Träumen nicht geschätzt. (Zwischenruf: Mit den Konservativen zusammen!) Die machen keine römische Politik. Nun, meine Herren, ich sage also, es kann gar keine Rede davon sein, daß irgendwelche Gefahr bestand, daß das Zentrum in der Zweiten badischen Kammer die Majorität bekommen konnte. Es hat sich übrigens bei den Nationalliberalen auch gar nicht darum gehandelt,

eine Zentrumsmajorität zu verhindern und das Vaterland zu retten, sondern es hat sich lediglich darum gehandelt, die eigene Partei zu retten. (Bravo! im Zentrum.) Aber die Tatsache ist allerdings richtig, daß Sie (zu den Nationalliberalen) in Ihrem Leben noch niemals unterscheiden gelernt haben zwischen der Partei und dem Vaterland, daß Sie immer der Meinung sind, wo Ihre Partei sei, sei auch das Vaterland, und da wo Ihre Partei nicht sei, sei auch das Vaterland nicht. Nehmen wir nun einmal an, daß das Zentrum wirklich als Majorität hier eingezogen wäre! Ist denn die Zweite badische Kammer in der Lage, von sich allein die Politik in Baden und die Gesetzgebung zu bestimmen? Existiert denn neben dieser Zweiten badischen Kammer nicht auch die Erste Kammer? (Zwischenruf: Württemberg!), und dann, ist die Erste Kammer nicht ein nationalliberales Bollwerk allerersten Ranges? (Zwischenruf: Württemberg!) Diese Behauptung hat keine genügende Basierung. Aber ich will noch weiter gehen, ich will sagen, wenn das Zentrum hier wirklich zu einer Majorität gekommen wäre, welche Anhaltspunkte haben Sie denn dafür, daß wir auch nur die Lust hätten, eine reaktionäre Politik zu machen? (Zwischenruf des Abg. Dr. Binz: „Waldmichel"! Lebhafte Heiterkeit.)

Meine Herren, ich will Sie doch einmal fragen, mit wem haben Sie denn seit Jahrzehnten die Geschäfte des Landes geführt? Mit den Herren von dieser (zu den Sozialdemokraten) Seite? oder mit den Herren von unserer Seite? Mit wem haben Sie denn die Verfassungsrevision gemacht? Diese Herren (Sozialdemokraten) haben dagegen gestimmt, wie Sie wissen. Mit wem haben Sie die Schulreformen gemacht?, mit wem haben Sie die Steuerreform vorbereitet? und mit wem werden Sie, wenn es dazu kommen sollte, die Eisenbahnreform vorbereiten? Mit wem haben Sie denn die Budgets bis jetzt besorgt? Mit wem haben Sie das Bürgerliche Gesetzbuch mit allem, was drum und dran hängt, durchgeführt? Alles haben Sie mit Hilfe des Zentrums getan, und ohne die Hilfe des Zentrums hätten Sie es nicht tun können, und nun frage ich Sie, in welchen Punkten differieren wir denn eigentlich, wenn man von kleinen Dissonanzen, von einigen kleinen verschiedenen Gesichtspunkten absieht? Es ist die ganz eng begrenzte, kleine Spalte der kirchenpolitischen Fragen. Das ist das ganze, und wenn Sie darauf hinblicken auf diese unsere Tätigkeit, dann gibt Ihnen nichts die Berechtigung, uns den Vorwurf zu machen, daß wir geneigt wären, eine reaktionäre Politik in Baden zu inszenieren. Der Herr Abg. Obkircher hat ja neulich gesagt, seit 1887 wandle das Zentrum in Baden auf reaktionären Wegen. Seine ganze Rede aber war, soweit sie kirchenpolitischen Inhalts war, nichts anderes, als eine Anhäufung von unsubstanzierten Behauptungen, von unmotivierten Verdächtigungen und von glattgedrechselten, von lange her ausspindisierten Bosheiten.

Präsident Dr. **Wilckens** erklärt diesen Ausdruck für unzulässig.

Abg. **Zehnter** (fortfahrend): Er hat also nichts anzuführen gewußt, als daß er uns vorgeworfen hat, wir hätten bei Gelegenheit der Verfassungsreform den bekannten „Volksverrat" begangen.

Nun bin ich durchaus nicht geneigt, auf die Verfassungsfrage und den „Volksverrat" näher einzugehen. Ich möchte aber doch mit wenig Worten diese Sache zur Kritik stellen. Es hat sich bei dieser Frage darum gehandelt, das direkte Wahlrecht in Baden einzuführen, und ich nehme an, daß der Herr Abg. Obkircher dieses Bestreben nicht als reaktionär ansieht. Im übrigen haben zwischen seiner und meiner Partei Meinungsverschiedenheiten nur über den einen Punkt bestanden: über die Grenze der Zahlung, bis zu der man gehen konnte, um das erstrebte Ziel zu erreichen. Wir waren der Meinung, daß wir im äußersten Fall noch eine kleine Zuzahlung machen könnten über das hinaus, worüber wir alle einig waren; die Partei des Abg. Obkircher war nicht dieser Meinung. Man kann also zwar sagen, das Zentrum habe den Wert des direkten Wahlrechts überschätzt und sei geneigt gewesen, noch mehr für dieses Kaufobjekt zu zahlen, aber es ist ungerecht und unlogisch, zu behaupten, das Zentrum habe reaktionäre Politik getrieben, deshalb, weil es für ein durchaus fortschrittliches Ziel noch eine weitere Zahlung zu leisten bereit war, die man von anderer Seite für zuweitgehend ansah. Das ist die richtige Charakterisierung der ganzen Sachlage, und keine Rede kann davon sein, daß man Volksverrat habe begehen wollen.

Der Herr Abg. Obkircher hat im Verlauf der Debatte die Schulfrage angeschnitten, und, wie er es schon oft getan hat, die Behauptung aufgestellt, wir seien auf dem Sprunge, um in der Schulfrage eine reaktionäre Bewegung zu inszenieren. Er hat dabei eine Auslegung eines Wortes von uns aus gegeben, die durchaus nicht dem entspricht, wie wir es immer ausgelegt und immer vertreten haben. Wir haben nie etwas anderes gesagt als das — und das sagen wir auch heute und werden es morgen und übermorgen sagen, und ich bitte, daß die Herren es uns auch glauben —: wir haben niemals Zweifel darüber gelassen, daß das Zentrum die konfessionelle Schule als das Bessere ansieht und haben nicht geleugnet, daß unsere Vorgänger für die konfessionelle Schule sich gewehrt haben, wie sie sich wehren konnten. Nachdem aber die Sache einmal so gekommen ist, haben wir von uns aus darauf verzichtet, quieta zu movere, wir haben darauf verzichtet, von uns aus einen neuen Schulkampf zu beginnen. Wir haben immer erklärt, wir betrachten die Schulfrage nur als Gegenstand des Kampfes, wenn er von Ihrer Seite angeregt wird. Darum ist es Ihnen ja zu tun. Die ganze Schulfrage, die von uns nicht mit einem Wort seit Jahrzehnten gestreift wurde, hat den Zweck, die Situation zu trüben, um in dieser Trübung auf das große Ziel lossteuern zu können, das der ganze Block im Auge hat: die vollständige Trennung der Kirche von der Schule und die vollständige Ausräumung der Religion aus der Schule! Zu diesem Zweck wird immer die Sache so dargestellt, als ob die gegenwärtige Schule in ihrer gegenwärtigen Verfassung gefährdet sei. Das ist, wie ich wiederhole, durchaus nicht der Fall, und wenn Sie keinen Schulstreit hervorrufen, werden wir auch keinen haben. Sie werden aber sehen, daß Sie um einen Schulstreit in nicht allzu ferner Zeit schon deshalb nicht herumgehen können, weil Sie die Strömung nicht zurückhalten können. Die Sozialdemokraten, die Demokraten, die Freisinnige Partei und eine jungliberale Richtung wollen schon jetzt diesen Kampf beginnen; nur einige Aeltere, welche die Situation noch nicht für reif erachten, halten den Kampf noch zurück, nicht deshalb, weil sie ihn nicht innerlich wünschen, sondern weil sie ihn jetzt noch nicht für opportun halten. (Abg. Obkircher: Ich habe das Gegenteil gesagt; Glocke des Präsidenten.) Ich habe gesagt, einige von Ihnen, dazu rechne ich auch Sie (zum Abg. Obkircher). Sie haben sich in Freiburg so ausgesprochen, Sie hielten den Kampf noch zurück, weil Sie ihn nicht für opportun halten.

Im übrigen hat der Herr Abg. Obkircher sich bemüht, auch jetzt wieder ganz im allgemeinen das Zentrum als eine reaktionäre Partei hinzustellen, als eine Partei, der es mit dem sogenannten Toleranzantrag nicht ernst sei, der es nur darauf ankomme, mittelalterliche Zustände herbeizuführen und den Staat wieder unter das Joch des Klerikalismus zu beugen. Ich will Ihnen

einige Belege dafür bringen, daß wir nicht dieser Meinung sind, daß das Zentrum weder hier im badischen Landtag, noch im Reichstage derartigen reaktionären Bestrebungen huldigt. Ich habe schon früher gesagt, wir haben durchaus keine Lust nach jener vergangenen Zeit und zu jenen vergangenen Zuständen zurückzukehren; wir sind moderne Menschen und stellen uns auf den modernen Standpunkt. Dies ist auch die Stimmung der weiten Zentrumskreise im Deutschen Reiche und die Stimmung in weiten Kreisen des Katholizismus, die nicht politisch organisiert sind.

Ich bringe Ihnen einige Belege aus der neuesten Zeit. Zunächst verweise ich auf das Staatslexikon der Görresgesellschaft, das gewissermaßen die Anschauung der Zentrumskreise darstellt, namentlich auch in bezug auf das Verhältnis zwischen Staat und Kirche und auf das Verhältnis der verschiedenen Bekenntnisse zu einander. Bekanntlich ist vor einigen Jahren eine zweite Auflage dieses Lexikons herausgekommen; schon im Vorwort dieser zweiten Auflage sagt die Redaktion: „Bei strenger Innehaltung des katholischen Standpunktes wird in einzelnen neuzeitliche staatliche Verhältnisse behandelnden Artikeln den Bedürfnissen der Gegenwart in höherem Maße Rechnung getragen werden, zwischen den katholischen Prinzipien und deren Anwendung auf die Gegenwart, zwischen feststehenden Lehren der Kirche und mehr oder minder autoritativen Schulmeinungen genauer unterschieden werden." Auf der Versammlung der Görresgesellschaft im Jahre 1904 hat die Redaktion dieses Staatslexikons erklärt: „Leider sei es nicht möglich gewesen, in dem Umfange, wie die Redaktion es gewünscht habe, die ausgesprochenen Grundsätze voll zur Durchführung zu bringen; das sei aber nicht deshalb nicht geschehen, weil die Redaktion nicht der Meinung gewesen wäre, daß das Programm nicht durchgeführt werden *solle*, sondern weil man bestimmte Rücksichten noch habe walten lassen müssen auf die Verfasser von Artikeln, die schon in die erste Auflage geschrieben hätten."

Und auf der Versammlung der Görresgesellschaft im Oktober 1905 hat der bekannte Freiherr von Hertling auch wieder mit Bezug auf das Staatslexikon und auf andere Interessen, die die Görresgesellschaft vertritt, u. a. gesagt: „Alte Theorien haben heute ihre absolute Geltung verloren. So steht es auch mit auf kirchlichem Gebiete entstandenen *politischen* Theorien; auch sie sind dem Wechsel unterworfen. Meist ist eine Theorie das Fazit, welches wissenschaftliche Ueberlegung aus dem geschichtlich Gewordenen gezogen hat. Man mag das Verschwinden einer Zeit beklagen, wo der Himmel so nahe schien, *tatsächlich gehört sie der Vergangenheit* an, für die Gestaltung der Gegenwart kann sie nicht verwendet werden."

So ist die Stimmung in der Görresgesellschaft und der Redaktion des Staatslexikons der Görresgesellschaft immerhin eine Quelle, aus der man doch mit einiger Zuverlässigkeit auf die Stimmung schließen kann, die bei den deutschen Katholiken und im deutschen Zentrum herrscht.

Ich möchte Sie auch hinweisen auf einen von einem bekannten rheinischen Schriftsteller, der unter dem Namen Dr. Rhenanus auftritt, verfaßten Artikel, der in den historisch-politischen Blättern enthalten ist. In diesem Artikel, der sich mit dem bekannten Buch von Goetz über Ultramontanismus befaßt, heißt es: „Kein Zweifel, es lassen sich eine Reihe von Kundgebungen katholischer Theologen aus älterer und neuerer Zeit, sowie katholischer Zeitschriften und Zeitungen zusammenstellen, welche der Goetzschen Definition des Ultramontanismus bis zu einem gewissen Grade als Unterlage dienen können. Ja, es gibt einen Ultramontanismus in diesem Sinne; es gibt Kreise, welche heute noch, um mit Dr. Goetz zu reden, „sich die ganze Welt, insbesondere natürlich die ganze Laienwelt, die bürgerliche Gesellschaft, als eine Art großen Kirchenstaates denken, der vom Klerus nach spezifisch romanischen Kulturidealen geleitet werden soll". Des Ultramontanismus in diesem Sinne sich zu wehren, habe alle auf dem Boden des modernen Staates stehenden Staatsmänner und Politiker das volle Recht; er ist unvereinbar mit dem modernen Staatsgedanken." Im Anschluß daran führt er aus, es werde aber auch niemand imstande sein, irgendwie den Nachweis zu liefern, daß die politischen Organisationen des Zentrums jemals einen solchen Standpunkt vertreten hätten, wie er hier als immerhin da und dort noch vorkommend bezeichnet, aber vollständig abgelehnt und zurückgewiesen wird.

Dann möchte ich Sie auf die Reden, die auf dem letzten Katholikentag in Straßburg gehalten wurden, hinweisen. Der Redakteur der preußischen Jahrbücher, Delbrück, hat in einem Artikel auf diese Vorgänge hingewiesen und etwa ausgeführt: Man sei bisher in der gegnerischen Presse geneigt gewesen, diesen Katholikentagen keine besondere Beachtung zu schenken, sie für nichts anderes anzusehen als für große Paraden des Katholizismus. Er selbst habe auch diese Auffassung gehabt, aber er habe die Protokolle bzw. die Berichte über den letzten Katholikentag durchgesehen und nun gefunden, daß eine ganz gewaltige Aenderung in den Dingen eingetreten sei, wie er sie sich früher vorgestellt habe; er führt dann eine ganze Reihe von Sätzen aus Reden an, die dort gehalten worden sind. Ich will von diesen Sätzen nur wenige anführen. Der Reichstags- und Landtagsabgeordnete Amtsgerichtsrat de Witt aus Köln, der stürmischen Beifall geerntet hat — ein Beweis dafür, daß seine Rede Anklang fand und nicht beanstandet wurde — sagte u. a.: „Wir stehen als moderne Menschen durchaus auf dem Boden des modernen paritätischen Rechtsstaats", und an einer anderen Stelle: „Wir lehnen nachdrücklich und entschieden jede Solidarität mit den Vertretern einer solchen weltfremden Theorie und Stubengelehrsamkeit ab, die mit dem modernen Staatsgedanken völlig unverträglich ist, und umsomehr, als von keinem Katholiken, der im öffentlichen Leben steht, je eine Aeußerung laut geworden ist, wir wünschten den mittelalterlichen Staat wieder zurück."

Zum Beweis dafür, daß diese Stimmung nicht bloß in den Kreisen des politischen Zentrums existiert, sondern daß sie über diese Kreise weit hinausgreift, will ich Ihnen auch einen Satz vorlesen aus einem Buch, das im Jahre 1904 in der Herderschen Verlagsbuchhandlung in Freiburg erschienen ist, und zwar mit dem Imprimatur des Erzbischofs von Freiburg. Es führt den Titel: Abende am Genfersee, Grundzüge einer einheitlichen Weltanschauung, verfaßt von P. Marian Morawski, S. J., Professor an der Universität Krakau, der in der Zwischenzeit verstorben ist. Das Werk ist im vorigen Jahre aus der polnischen Urschrift ins Deutsche übersetzt durch einen anderen Jesuiten, Jakob Overmans. Das Buch ist in Gesprächsform dargestellt; der Professor bespricht mit einer gebildeten Gesellschaft von Leuten aller Nationen, die er in Ouchy antraf, anknüpfend an die kirchenpolitischen Vorgänge in Frankreich, die Grundprobleme einer Weltanschauung. Ich will Ihnen, um zu zeigen, wie auch in diesen jesuitischen Kreisen die Stimmung ist, folgendes vorlesen. Da wird u. a. mit Zustimmung des Verfassers von einem Mitglied dieser Gesellschaft ausgesprochen: „Um seinen Ueberzeugungen zum Siege zu verhelfen, war der Mensch immer geneigt, Gewalt zu gebrauchen, wenn sie ihm zu Gebote stand. Die Duldung anderer Meinungen ist eine Blüte der Zivilisation unserer Zeit. Früher duldete nur der fremde Ueber-

zeugungen, der keine eigenen hatte oder nicht die Kraft besaß, ihnen Geltung zu verschaffen. Jede Religion hat Blutflecken in ihrer Geschichte — der Genfer Calvinismus leider nicht ausgenommen. Aber das ist nicht die Schuld der Religionen, sondern der Beschränktheit und Leidenschaft der Menschen. Die Religionen geben ihnen nur starke Ueberzeugungen — und das ist eine Wohltat; aber die Menschen wollen diese Ueberzeugungen mit Gewalt anderen aufdrängen — und das ist Wahnwitz."

So spricht sich hier ein Jesuit aus und ein anderer Jesuit übersetzt dieses Buch.

Ich möchte Sie auch noch auf eine Reihe von Artikeln aufmerksam machen, die im Oktober v. J. in der „Frankfurter Zeitung" unter dem Titel erschienen sind: „Wie es im Vatikan aussieht." Da berichtet der römische Korrespondent der „Frankfurter Zeitung" über eine ganze Reihe von Reformen, die der gegenwärtige Papst angeregt habe, kommt auch auf den römischen Katechismus zu sprechen, der auf Veranlassung des Papstes eingeführt wurde, und hebt hervor, was dieser Katechismus über die Zivilehe sagt; dazu bemerkt die „Frankfurter Zeitung", es sei interessant, in diesem Katechismus zu lesen, der recht moderne Stellen enthalte, die niemand erwartet hätte; nachdem diese Stellen dann angeführt sind, kommen die Worte: „Welcher Umschwung!"

Ich verweise ferner auf einen ganz neuen Artikel, der in Heft 5 des „Hochlandes" vom 1. Februar 1906 erschienen ist. Sie alle haben wohl auch von den verschiedenen Schriften über einzuführende Reformen in der katholischen Kirche gelesen, die man zum Teil auf die Inspiration oder sogar auf die Autorschaft des Papstes zurückführt; über diese Schriften nun berichtet in einem langen Aufsatz der Ihnen bekannte Freiherr von Hertling und am Schlusse sagt er zusammenfassend über diese Broschüren und über die Tendenzen, die darin hervortreten: „Und das ist es, was wir von Pius X. erhofffen und, falls ihm nur die nötige Lebensdauer beschieden ist, zuversichtlich erwarten dürfen. Das Pontifikat Leos XIII. war eine Periode des Uebergangs. Künftigen Geschlechtern wird es sich immer deutlicher als eine solche herausstellen. Trügen nicht alle Zeichen, so bedeutet die Thronbesteigung seines Nachfolgers den Beginn eines neuen Abschnittes in der Kirchengeschichte. Das Mittelalter ist endgültig abgetan. Wir können es nicht mehr zum Leben erwecken; und wir sollen nicht länger seinen Schatten beschwören!"

Das ist die Stimmung, die in den Kreisen des Katholizismus, die insbesondere in den Kreisen des politischen Zentrums in bezug auf die Politik besteht und über das Verhältnis zwischen Kirche und Staat und der verschiedenen Konfessionen zu einander. Wenn Sie (zur andern Seite des Hauses) wirklich Kulturkämpfer im guten Sinne des Wortes wären, dann müßten Sie sich hoch erfreuen über diese Strömung und über den Wandel, der in den weitesten Kreisen, namentlich in den Kreisen der Politiker, vor sich gegangen ist. Sie müßten sich sagen, es ist eine gute Strömung, eine gute Bewegung — stört sie mir nicht; lassen wir die Leute vor ihrer Türe kehren und beunruhigen wir sie nicht fortwährend mit den Nadelstichen eines kleinlichen Kulturkampfes!

Um den eigentlichen Kulturfortschritt ist es Ihnen aber gar nicht zu tun. Für Sie handelt es sich nicht darum, mittelalterliche Theorien aus dem Wege zu räumen, die ja doch seit mindestens zweihundert Jahren gar nicht mehr praktisch geworden sind, sondern darum, die Kirche selbst womöglich zu beseitigen, (Lachen auf nationalliberaler Seite; Rufe: Natürlich!), sie kraftlos zu machen und in Nichts zurückzuführen! (Rufe: Ganz à la „Waldmichel"!) Und nicht bloß die Kirche geniert viele in Ihren Kreisen, sondern auch die Idee der Religion, die Idee der Verbindung des Menschen mit Gott. Und deshalb sind Sie unablässig dafür tätig, einen kleinlichen Kulturkampf herbeizuführen und uns fortgesetzt damit zu belästigen.

Sie werden Ihr Ziel nicht erreichen; den Grund dafür entnehme ich aus einem Gedanken, den der verstorbene Professor Kußmaul in den Lebenserinnerungen eines alten Arztes ausspricht. Dort sagt er an irgend einer Stelle: „Das Bedürfnis des Volkes nach metaphysischer Befriedigung ist nicht minder groß als der leibliche Hunger des Volkes (Zuruf des Abg. Dr. Binz: Der nationalliberale Dr. Kußmaul!). Wer vermag es, diesen Hunger zu befriedigen? Nur die Religion ist dazu imstande — und eben darauf beruht die Kraft der Religion, darauf beruht die Kraft der Kirche. (Zuruf des Abg. Dr. Binz: Aber nicht des Zentrums!) Und mit Ihrem kleinlichen Kulturkampf werden Sie weder die Religion noch die Kirche über den Haufen werden! (Lebhafter Beifall beim Zentrum.)

Präsident des Ministeriums der Finanzen Geh. Rat Becker: Gestatten Sie mir, daß ich die Debatte von den hochpolitischen Gebieten wieder auf den eigentlichen Gegenstand unserer Verhandlung zur Finanzverwaltung zurückführe.

Der Herr Abg. Frühauf hat in inniger Geistesverwandtschaft mit den Vertretern der sozialdemokratischen Partei die Verwaltung des Finanzministeriums einer nach seiner Ansicht vernichtenden Kritik unterzogen. Er hat mir vorgeworfen, daß ich eine vollständig negative Politik treibe; und zwar deshalb, weil ich auf nichts bedacht sei als auf eine Beschränkung der Ausgaben und auf eine Erhöhung der Einnahmen; es sei eine Politik, die jeder Subalternbeamte machen könne und zu der man einen Finanzminister überhaupt nicht nötig habe. Eine positive Finanzpolitik verlange andere Grundsätze: sie verlange, daß die wirtschaftlichen, die geistigen Kräfte des Volkes entwickelt werden und daß man vonseiten des Finanzministeriums dem Fortschreiten der Kultur und des Volkswohls auf allen Gebieten die Wege ebne.

Ich bestreite zunächst, daß ich Politik in diesem letzteren Sinne zu führen habe. Die positive Politik der wirtschaftlichen und geistigen Förderung wird im Lande Baden nicht vernachlässigt, sondern wird im Gegenteil in der intensivsten Weise betrieben. Aber sie ist nicht Sache des Finanzministeriums: dafür sind die Ministerien der Justiz, des Unterrichts und des Innern vorhanden, und sie arbeiten in dieser Richtung unausgesetzt, mit Verständnis und Energie, wie es in diesem Hohen Hause auch schon oft anerkannt worden ist. Daß ich ihnen gegenüber Zurückhaltung übe, ist nur insofern richtig, als es meine Aufgabe ist, zu prüfen, ob die Politik, die bei den sogenannten Aufwandsetats getrieben wird, sich den jeweiligen finanziellen Kräften und Mitteln anpaßt, mit anderen Worten, darauf hinzuwirken, daß im Staat hausgehalten wird, und Einnahmen und Ausgaben in das richtige Verhältnis zu einander gesetzt werden. Uebrigens treibe ich keineswegs eine negative Politik. Oder ist es etwa keine positive Politik, wenn ich durch Uebergang von der Objektbesteuerung zu der Personalbesteuerung eine gerechtere Verteilung der öffentlichen Lasten zu erreichen strebe und dadurch die notwendigen Voraussetzungen schaffe, daß wenn nötig auch erhöhte Lasten leichter getragen werden?

Nun wird meine Behauptung, daß die Finanzlage eine kritische, oder wie man sich auszudrücken pflegt, eine gespannte sei, als unrichtig hingestellt. Diese Behauptung sei schon vor zwei Jahren falsch gewesen, sie sei aber jetzt noch viel unrichtiger, weil inzwischen eine sehr wesentliche Besserung der Verhältnisse eingetreten

sei. Ich will nicht eingehen auf das, was der Herr Abg. Frühauf von dem letzten Budget, dem von 1904/05 gesagt hat. Damals war nicht nur bei dem Finanzministerium, sondern auch in diesem Hohen Hause die Ansicht, daß die Finanzlage eine gespannte sei, eine fast allgemeine. Wenn der Herr Abg. Frühauf also kritisiert, was damals geschehen ist, so richtet sich diese Kritik ebensowohl gegen das Hohe Haus, als gegen den Finanzminister. (Abg. Frühauf: Sehr richtig).

Nun sehen wir uns einmal das Budget der allgemeinen Staatsverwaltung für 1906/07 an. Es schließt im ordentlichen Etat mit einem kleinen Ueberschuß ab, aber es ist bemerkenswert, und ich muß die schon in meinem Finanzexposé hervorgehobene Tatsache neuerdings betonen, daß dieses günstige Ergebnis nur durch zwei außerordentliche Maßregeln erreicht werden konnte, erstens durch die Aufrechterhaltung der 20prozentigen Steuererhöhung und zweitens dadurch, daß wir die gestundeten Matrikularbeiträge nicht in das Budget des Staatsministeriums eingestellt, sondern in das Budget der Eisenbahnschuldentilgungskasse verwiesen haben, mit andern Worten, daß wir die Dotation, die jährlich 2 Millionen beträgt, auf jährlich 850 000 M. reduziert haben. Ich muß weiter zur Beurteilung des Budgets daran erinnern, daß gar kein Zweifel darüber ist, daß der vorhandene Ueberschuß wieder vollständig verschwindet, und daß dieses Budget sich aller Wahrscheinlichkeit nach in ein Fehlbetragbudget verwandeln wird. Es rührt dies daher, daß eine umfassende Vorlage über die Reform des Volksschulwesens und die Verbesserung der Gehaltsverhältnisse der Volksschullehrer an Sie gelangt ist, deren Kosten im Budget überhaupt noch nicht berücksichtigt worden sind.

Das außerordentliche Budget umfaßt eine Summe von zusammen 17,8 Millionen Mark. Davon sind 10,3 Millionen Restkredite und 7,5 Millionen neue Bewilligungen. Für diese beträchtlichen Summen sind nur ca. 6 Millionen Deckungsmittel vorhanden. Der Rest von 11,9 Millionen muß wieder auf die Vermögensbestände der Amortisationskasse verwiesen werden, also auf einen Fond, der, wie ich hervorheben muß, nicht dazu bestimmt ist, in normalen Zeiten zur Deckung und zur Aufbesserung der Einnahmen des allgemeinen Staatshaushalts zu dienen, der vielmehr bestimmt ist, als Reserve für außerordentliche Staatsnotstände zu dienen.

Der Herr Abg. Frühauf hat dann behauptet, die Steuererhöhung sei überhaupt nicht notwendig gewesen, die Eisenbahnüberschüsse hätten vollständig ausgereicht, um die Erhöhung unnötig zu machen, und zwar schon in den Jahren 1904 und 1905. Da muß ich wiederum betonen, was ich schon vor zwei Jahren Gelegenheit hatte hervorzuheben, daß der Herr Abg. Frühauf fortwährend Dinge zusammenwirft, die nicht zusammen gehören. Es ist eine organische Einrichtung unseres Staatswesens, schon seit wir Eisenbahnen besitzen, daß die Finanzverwaltung der Eisenbahnen und die der allgemeinen Staatsverwaltung vollständig getrennt sind, und daß deshalb etwaige Ueberschüsse, die die Eisenbahn macht, ebensowenig zur Deckung von Fehlbeträgen im allgemeinen Staatshaushalt verwendet werden können, als umgekehrt der allgemeine Staatshaushalt aufzukommen braucht für Fehlbeträge der Eisenbahnverwaltung — soweit ihm dies nicht durch das Gesetz über die Eisenbahnschuldentilgungskasse vom Jahr 1842 ausdrücklich auferlegt ist.

Der Herr Abg. Frühauf hat sogar betont, daß die Finanzlage seit dem Budget 1904/1905 bis heute sich um 42 Millionen gebessert habe. Auch dieser Auffassung liegt wieder ein Zusammenwerfen von allgemeiner Staatsverwaltung und von Eisenbahnverwaltung zu Grunde, ganz abgesehen davon, daß die Ueberschüsse der Eisenbahn 1904 und 1905 nach Abzug der Schuldzinsen und Tilgungsrenten kaum den vierten Teil der vom Herrn Abg. Frühauf angegebenen Summe betragen. Sie beruht aber auch auf der irrigen Annahme, als ob die Ueberschüsse der ordentlichen Etats von 1904 und 1905 noch vorhanden seien. Der Herr Abg. Frühauf bedenkt nicht, daß diese Ueberschüsse dazu verwendet worden sind, um die durch das außerordentliche Budget 1904/1905 entstandenen Aufwendungen zu decken. Ich hätte, wenn wir uns seit dem letzten Budget um 42 Millionen verbessert hätten, selbstverständlich keine Veranlassung gehabt, unsere Finanzlage als eine gespannte hinzustellen. Der Herr Abg. Frühauf meint, ich hätte dies nur getan, um gerechtfertigten Forderungen des Landes einen ungerechtfertigten Widerstand entgegensetzen zu können. Das liegt mir vollständig fern. Was meine Aufgabe ist und was ich als meine Pflicht auch dem Lande gegenüber betrachte, ist, daß ich nur solche Ausgaben zulasse, für die die Deckungsmittel vorhanden sind, oder für die die Deckungsmittel geschaffen werden. An dieser Politik werde ich festhalten, und ich befinde mich in dieser Beziehung in vollständiger Uebereinstimmung mit dem gesamten Staatsministerium. Es können im Staatshaushalt keine Ausgaben gemacht werden, für die keine Deckung vorhanden ist. Der Herr Abg. Frühauf hat sich auch sorgfältig gehütet, diejenigen Deckungsmittel zu bezeichnen, die gegenwärtig vorhanden sind, um alle die Projekte durchzuführen, die gegenwärtig in der Volksvertretung und in unserem Lande lanziert werden. (Abg. Frühauf: Dotation!) Auf die Dotation komme ich noch zu sprechen. Sie ist übrigens so gering, daß damit die Ausgaben, die uns bevorstehen, auch nicht im Entferntesten bestritten werden können.

Ich muß also an dem Urteil festhalten, daß der Abschluß unseres Budgets für 1906/07 einen erfreulichen Anblick nicht gewährt. Sehen Sie sich nur den Finalabschluß im Finanzgesetz an! Wenn Sie diesen Abschluß mit dem von 1904/05 vergleichen, zeigt er eine Besserung gerade um 1 Million. Damals war das Defizit 12,9 Millionen und diesmal 11,9 Millionen, und es wird infolge der Volksschulvorlage sich dem vom vorhergehenden Budget noch mehr annähern. Unter diesen Umständen wird man wahrhaftig nicht davon reden können, daß wieder wesentlich günstigere Finanzverhältnisse eingetreten seien.

Es wird der Finanzverwaltung auch zum Vorwurf gemacht, daß bei der Aufstellung des Budgets für 1906/07 die Ergebnisse des Jahres 1905 nicht berücksichtigt worden seien. Ich habe mit der Aufstellung des Budgets für das Jahr 1906/07 im April 1905 zu beginnen und muß es längstens in den ersten Tagen des Oktober 1905 abschließen. Nun sind die Ergebnisse des Jahres 1905 um diese Zeit nicht bekannt, sie lassen sich auch nicht annähernderweise schätzen. Denn die größten Ausgaben sind gerade in dem letzten Vierteljahre des Rechnungsjahres zu erwarten. Die Ergebnisse des Jahres 1905 können deshalb auch bei der Aufstellung des Budgets für 1906/07 nicht in Betracht kommen. Aber das schadet auch gar nichts, weil ja die etwaigen Ueberschüsse des Jahres 1905 wieder in dem Betriebsfond zum Ausdruck kommen, und mithin für die Budgetgebahrung zur Verfügung stehen. Es wird durch diese Art der Budgetierung, die meines Wissens in allen Staaten geübt wird, eine Verschleierung der Finanzlage durchaus nicht bewirkt.

Nun bin ich weit davon entfernt, unsere Finanzlage lediglich nach den nackten Zahlen des Budgets zu beurteilen. Man muß, wenn man ein richtiges Bild

davon gewinnen will, auch etwas in die Zukunft schauen, und da verkenne ich durchaus nicht, daß einige erfreuliche Momente in unserer Finanzentwicklung hervorgetreten sind, Momente, die ich übrigens in meinem Finanzexposé geflissentlich hervorgehoben habe. Ich habe namentlich darauf aufmerksam gemacht, daß wir seit dem Jahre 1904 wieder eine sehr beträchtliche Steigerung unserer Einnahmen zu beobachten haben, und daß die begründete Hoffnung besteht, daß diese Bewegung sich in den folgenden Jahren fortsetzen werde. Inzwischen ist nun für die direkten Steuern, die ja ein sehr wesentliches Moment für unsere Einnahmewirtschaft bilden, der Kataster für 1906 fertiggestellt worden, und es hat sich ergeben, daß wir im Jahre 1906 aus Grund- und Häuser-, aus Gewerbe- und Einkommensteuer ein Plus von 847 000 M. gegenüber dem Vorjahre zu erwarten haben. Wir dürfen wohl annehmen, daß die Kapitalrentensteuer, die im Jahre 1905 ein Plus von 121 000 M. geliefert hat, im Jahr 1806 ein Plus in demselben Umfange ergeben wird. Wir können also mit einer Mehreinnahme aus direkten Steuern von ungefähr 900 000 M. rechnen, was einer ungefähr ebenso großen Steigerung entspricht, als im Jahr 1905 gegenüber dem Jahr 1904 eingetreten ist. Man sieht, daß in den letzten Jahren, was ich auch in meinem Finanzexposé ausdrücklich und wiederholt betont habe, ein unverkennbarer Aufschwung unseres gesamten wirtschaftlichen Lebens eingetreten ist.

Inzwischen kann ich auch über den Rechnungsabschluß vom Jahre 1905 Aufschluß geben, und wenn ich auch mit Detailzahlen erst in einigen Wochen dienen kann, bestätigen, daß er ein günstiger ist, und daß ich hoffe, daß er unseren Betriebsfond um etwa 2 Millionen stärken wird. Das sind die günstigen Momente, die für die Beurteilung der Finanzlage in Betracht kommen.

Es sind aber auch ungünstige Momente sehr ernster Art vorhanden, für die ich mir Ihre Aufmerksamkeit erbitte.

Schon im Jahre 1904/05 haben wir mit der unerfreulichen Erscheinung zu rechnen gehabt, daß unsere Einnahmen nicht in gleichem Maße gestiegen sind, wie die Ausgaben, sondern daß die Ausgaben die Einnahmen überschritten haben. Die Ueberschreitung war 1904/05 eine verhältnismäßig unbedeutende, sie ist aber im Jahr 1906/07 eine viel erheblichere geworden. Im Budget 1906/07 beträgt die Einnahmesteigerung 3,8 Proz., während die Ausgaben um 6,1 Proz. stiegen. Diese Erscheinung verdient ernstliche Beachtung, namentlich in Verbindung mit der Wahrnehmung, daß in den nächsten Jahren ein weiteres starkes Steigen der Ausgaben zu erwarten ist, das zu verhindern nicht in meiner Macht und auch nicht in meiner Absicht liegt. Ich mache darauf aufmerksam, daß der persönliche Aufwand in unserer Staatsverwaltung einen außerordentlich hohen Betrag erreicht hat. Wir geben jetzt schon in der allgemeinen Staatsverwaltung im ganzen 79 Millionen aus im Jahr. Davon fallen auf den Aufwand für das Personal nicht weniger als 34 Millionen, und wenn Sie dazu noch den Aufwand für die Ruhegehalte und die Hinterbliebenenversorgung rechnen, so sind es 40 Millionen. Wir verwenden also mehr als die Hälfte unserer gesamten Einnahmen auf das Personal. Die Beamtengesetze vom Jahre 1890, 1894 und 1902 haben die Bezüge unserer Beamten wesentlich erhöht, und die Beamten wachsen allmählich in diese Bezüge hinein, wodurch der Staatsaufwand stark in die Höhe getrieben wird. Ich mache Sie z. B. auf die Position „Ruhegehalte und Hinterbliebenenversorgung" aufmerksam, aus der Sie sehen können, daß von Budgetperiode zu Budgetperiode allein der Aufwand für Ruhegehalte und Hinterbliebenenversorgung um 600 000 M. steigt! Was nutzen da die gesteigerten Einnahmen aus den Steuern, wenn für eine einzige Position des Budgets solche Mehraufwendungen von einer Budgetperiode zu andern entstehen?

Nun kann ich auch in diesem Zusammenhang nur wiederholen, daß wir durch die Vorlage über die Volksschule eine weitere Steigerung unserer Ausgaben zu erwarten haben, und daß, wenn es in den nächsten Jahren zu einer allgemeinen Revision des Gehaltstarifs kommt, eine Mehrausgabe von vielen Millionen in Aussicht steht, für die ausreichende Deckungsmittel auch der Herr Abg. Frühauf schwerlich anzugeben wissen wird.

Der sachliche Aufwand hat gleichfalls, wie ich den Herren nicht näher auseinanderzusetzen brauche, eine unausgesetzte Tendenz zum Steigen.

Dazu kommt, und das ist ein ganz besonders ungünstiges Moment, daß in der Zeit, in der wir selbst in unserer inneren Landesverwaltung große und wichtige Aufgaben zu lösen unternehmen möchten, die Reichsfinanzreform unsere Aufmerksamkeit in Anspruch nimmt. Sie ist eine unbedingte Notwendigkeit, was nachgerade nirgends mehr bestritten ist, und ich muß mich deshalb wundern, daß der Herr Abg. Frühauf doch die Ansicht vertreten hat, man könne die Reichsfinanzreform auch noch aufschieben, ja es sei notwendig, sie aufzuschieben, weil man jetzt noch gar nicht übersehen könne, welche ungeheuren Einnahmen das Reich in den nächsten Jahren aus dem neuen Zolltarif ziehen werde. Der Herr Abg. Frühauf hat gemeint, von der Reichsfinanzreform hätten wir nichts zu befürchten, jedenfalls werde es zur Erhebung der gestundeten Matrikularbeiträge überhaupt nicht kommen. Das ist richtig, wenn die Reichsfinanzreform zustande kommt. Denn im Artikel 10 des Entwurfs des Reichsgesetzes über die Ordnung des Reichsfinanzwesens ist ausdrücklich vorgesehen, daß die gestundeten Matrikularbeiträge aus der Welt geschafft werden sollen. Aber das Zustandekommen der Reichsfinanzreform ist die Voraussetzung hierfür; und daß sie zustande kommt, dafür möchte wohl im gegenwärtigen Moment niemand eine Garantie übernehmen. Der Herr Abg. Frühauf meinte dann, das Reich habe allein aus dem Zolltarif eine Mehreinnahme von Hunderten von Millionen zu erwarten. Wenn es nur wahr wäre! Aber es ist leider grundfalsch! Welche Mehreinnahme aus dem Zolltarif zu erwarten ist, ist vom Reichsschatzamt der Kommission zur Beratung der Reichsfinanzreform eingehend dargelegt und es sind gegen seine Berechnungen Beanstandungen nicht erhoben worden. Auf ganze 75 bis 80 Millionen Mehreinnahme schätzt man den Ertrag des neuen Zolltarifs und der Handelsverträge, und davon sind 50 Millionen festgelegt nach der lex Trimborn für den Fond für die Witwen- und Waisenversorgung der arbeitenden Klassen. Es sind 25 im höchsten Fall 30 Millionen, um die die Reichseinnahmen infolge des neuen Zolltarifs und der Handelsverträge sich vermehren werden.

Der Herr Abg. Frühauf setzt seine Hoffnung auch auf den Rechnungsabschluß des Reiches vom Jahre 1905, aber auch hier hat er das Material sehr wenig genau studiert. Es liegen die Abschlüsse der drei ersten Vierteljahre vor, und diese ergeben, daß die Reichseinnahmen hinter dem Voranschlag bis jetzt um 40 Millionen zurückgeblieben sind. Wenn in dem letzten Vierteljahr dieses Defizit von 40 Millionen ausgeglichen wird, so kann das nur dadurch geschehen, daß infolge der Einführung des Zolltarifs auf den 1. März 1906, in dem letzten Quartal des Reichsrechnungsjahrs, die Voreinfuhr an zollpflichtigen Waren sich ganz ungewöhnlich steigert. Es wird ja zweifellos eine solche Steigerung eintreten, ob sie aber

ausreichen wird, um das Manko von 40 Millionen zu decken, das ist eine ganz andere Frage. Noch eine andere Frage aber ist, wie die Mehreinnahmen aus der Mehreinfuhr vom Reichsfinanzminister zu behandeln sind, ob sie vollständig dem Jahre 1905 gutgeschrieben oder teilweise auf das Jahr 1906 übertragen werden; denn es ist sonnenklar, daß, wenn infolge der Einführung des neuen Zolltarifes die Einfuhr vor dessen Inkrafttreten sich ungeheuer steigert, nach dem 1. März 1906 ein kolossaler Rückschlag eintreten und die Zolleinnahmen im Jahre 1906 zurückgehen werden. Also von dieser Seite her ist auf eine Aufbesserung der Reichsfinanzen nicht zu rechnen.

Was die Rückwirkung der Reichsfinanzreform auf unsere Landesfinanzen betrifft, so muß ich sie im Gegensatz zum Herrn Abg. Frühauf als eine sehr einschneidende bezeichnen. Die Reichsfinanzreform erfordert bekanntlich eine sehr bedeutende Steigerung der Reichseinnahmen, die große Opfer nicht nur von den Reichsbürgern, sondern auch von den Bundesstaaten verlangt. Die verbündeten Regierungen waren bemüht, eine Reichsfinanzreformvorlage aufzustellen, die den Wünschen des Reichstags tunlichst entgegenkommt, und man hat deshalb die Erbschaftssteuer in diese Finanzvorlage aufgenommen. Das ist ein Opfer, das die verbündeten Regierungen dem Reiche bringen, und es ist ein Opfer nicht zum wenigsten auch für Baden. Wir haben in Baden, abgesehen von den Ländern, wo die Erbschaftssteuer auch die Erbanfälle an Abkömmlinge und Ehegatten umfaßt, die ausgebildetste und ertragreichste Erbschaftssteuer. Wenn diese Erbschaftssteuer auf das Reich übergeht und wir, wie in der Reichsfinanzreform vorgesehen, nur ein Drittel ihres Ertrages erhalten, so erleiden wir einen Ausfall von 7 bis 800 000 M., den wir anderweitig zu decken haben, weil wir ihn, wie ich nicht näher zu begründen brauche, bei den gegenwärtigen Ansprüchen an die Staatskasse nicht ertragen können. Nun wird aber auch die Erhöhung der norddeutschen Biersteuer eine unangenehme Rückwirkung für uns haben. Wenn sie nach dem Vorschlag der Vorlage auf 12 Mark erhöht wird, so haben wir statt 1,3 Millionen Biersteuerausgleichungsbetrag künftighin 3,9 zu bezahlen, müssen also mit einem Plus von 2,6 Millionen rechnen. Im ganzen beträgt also der Mehraufwand, der uns in den nächsten Jahren infolge der Reichsfinanzreform erwächst, 3,3 Millionen Mark.

Dazu kommt, daß von allen Seiten darauf gedrängt wird, daß die längst in Anregung gebrachte allgemeine Revision des Gehaltstarifs in möglichster Bälde in Angriff genommen und durchgeführt werden möge.

Das erfordert nach meinen Berechnungen in der allgemeinen Staatsverwaltung einen sofortigen Mehraufwand von etwa 3 Millionen, in der Eisenbahnverwaltung von mindestens 2 Millionen. Wir werden also in den nächsten Budgetperioden mit einem Mehrbedarf von etwa 8 Millionen zu rechnen haben, wofür Deckung im ordentlichen Etat zu schaffen ist. Ich empfehle diese Tatsache dem Hohen Hause und dem Lande zur ernsten Beachtung. Denn ohne die Eröffnung neuer Einnahmequellen lassen sich für derartige erhebliche Aufwandssteigerungen die erforderlichen Deckungsmittel nicht beschaffen.

Welche Mittel stehen uns nun zu Gebote, um den steigenden Finanzbedarf zu decken? Der Herr Berichterstatter hat ganz mit Recht hervorgehoben, daß von sogenannten stillen Reserven in unserem Budget nichts mehr zu entdecken sei, er hat aber bei dem Abg. Frühauf keinen Glauben gefunden. Der letztere hat auch auf verschiedene Punkte hingewiesen, wo vom Finanzminister noch gar nicht beachtete und zur Deckung des Finanzbedarfes ausreichende Hilfsmittel liegen sollen. Er hat zunächst auf den Betriebsfond hingewiesen. Meine Herren, derselbe beträgt gegenwärtig 14,6 Millionen, aber er ist nur zu einem ganz geringen Teil Reservefond. In der Hauptsache bisher zu $9^1/_2$ Millionen und künftighin zu 13 Millionen bildet er das Betriebskapital, dessen die Staatskasse bedarf, um den allgemeinen Kassendienst und die regelmäßige und ordnungsmäßige Erfüllung der Verpflichtung der Staatskasse zu gewährleisten. Denn eine derartig große Geldwirtschaft, wie der Staat, der 80 Millionen jährlich an Einnahmen und ebensoviel an Ausgaben umsetzt, kann ohne flüssige Betriebsmittel nicht auskommen, und diese steigern sich naturgemäß mit dem sich erweiternden Aufgabenkreis des Staates. Sie haben im Jahre 1884 nur $6^1/_2$ Millionen betragen, im Jahre 1894 sind sie auf $9^1/_2$ Millionen erhöht worden, und ich habe in der Begründung zum Finanzgesetz eingehend dargelegt, warum jetzt wieder eine Steigerung der Betriebsmittel notwendig ist.

Es bleiben also in diesem Betriebsfond nur $1^1/_2$ Mill. übrig, die zur freien Verfügung stehen. Allein diese sind bestimmt für die Deckung des außerordentlichen Etats, für die wir ja im ordentlichen Etat keine Mittel einstellen. Bei der Aufstellung des außerordentlichen Etats haben wir mit zwei Momenten zu rechnen, einmal mit dem Moment, daß die Bedürfnisse des außerordentlichen Etats ziemlich stabil sind, ja sogar, daß sie, wie alle Ausgaben des Staates, eine steigende Tendenz haben. Wir haben dann mit dem weiteren Gesichtspunkt zu rechnen, daß die Ueberschüsse, aus denen wir den außerordentlichen Etat decken wollen, sehr großen Schwankungen unterliegen. Ich brauche nur an die Tatsache zu erinnern, daß die Ueberschüsse im Jahre 1898/99 sich auf 17 Millionen und im Jahre 1902/3 nur auf etwa 4 Millionen beliefen. Diese Tatsache macht es notwendig, einen Reservefond zu halten, einen sogenannten Ausgleichfond, aus dem wir den außerordentlichen Etat auch in den Jahren rückläufiger Konjunktur auf der gewohnten Höhe erhalten können. Diese $1^1/_2$ Millionen, die also noch in dem Betriebsfond liegen, sind jetzt nicht frei verfügbar.

Im Gegenteil, wir haben alle Ursache, diese Betriebsmittel zu verstärken, weil sie in der letzten ungünstigen Wirtschaftsperiode fast ganz aufgezehrt wurden. Wir haben, insbesondere im Jahre 1902/3 trotz der damals ungünstigen Finanzlage, deren Ende noch gar nicht abzusehen war, den außerordentlichen Etat auf eine ganz ungewohnte Höhe hinaufgeschraubt, auf 14,3 Mill., was ungefähr dem Dreifachen des Durchschnitts der außerordentlichen Etats in den Jahren 1884 bis 1889 entspricht. Die Folgen dieser Steigerung sind auch nicht ausgeblieben. Von den damals noch im Betriebsfond verfügbar vorhandenen $8^1/_2$ Millionen sind in einer Budgetperiode nicht weniger als 7 Millionen eingezehrt worden und, das war mit der Grund, daß im Jahre 1904/05 die Finanzlage, besonders auch im außerordentlichen Etat, eine überaus gespannte war. Es ist deshalb vom Standpunkte einer klugen Finanzpolitik unbedingt nötig, in den nächsten voraussichtlich günstigen Jahren nicht über alle Ueberschüsse des ordentlichen Etats, die hoffentlich recht groß werden, zu verfügen, sondern einen angemessenen Teil im Betriebsfond zurückzulassen, und dadurch wieder für ungünstige Zeiten den erforderlichen Ausgleichungsfond zu schaffen, um den außerordentlichen Etat mit den erforderlichen Mitteln ausstatten zu können.

Der Herr Abgeordnete Frühauf hat auch wieder nicht unterlassen, was ich nach den Debatten im vorigen Landtage nicht mehr erwartet hätte, auf die Domänen als eine Art Reserve hinzuweisen. Die Domänen sind keine Reserven. Das Verhältnis der allgemeinen Staatsverwaltung zu den Domänen ist verfassungsmäßig geordnet. Wir verwenden sämtliche Reinerträgnisse

der Domänen, jährlich ungefähr 6 Millionen, für die Zwecke der allgemeinen Staatsverwaltung. Ueber die Domänen selbst können wir nicht verfügen und auch nicht über die 20 Millionen Domänengelder, die in der Amortisationskasse liegen. Sie sind der Amortisationskasse lediglich zur Verwaltung übergeben und können für die Zwecke der allgemeinen Staatsverwaltung nicht verwendet werden. Es wäre auch deshalb unklug, weil eine Einzehrung dieser 20 Millionen jede größere Operation auf dem Gebiete des Domänengrundstockswesens unmöglich machen würde; namentlich muß auch für den Fall einer umfassenden Ablösung der auf dem Domänenvermögen ruhenden Bau- und sonstigen Lasten dieses Vermögen zur Verfügung bleiben. Es bleibt also in der Amortisationskasse als eigentliche Reserve nichts übrig als das reine Vermögen dieser Kasse im Betrag von 11 bis 12 Millionen. Dies ist die einzige Reserve des badischen Staates für den Notfall. Sie ist nicht dazu bestimmt, um in den gewöhnlichen Zeiten des wirtschaftlichen Rückganges das ordentliche oder außerordentliche Budget des Staates aufzubessern. Wir sind zwar genötigt, bei Fehlbeträgen des außerordentlichen Etats auf diese Mittel der Amortisationskasse zu verweisen, aber wir tun es nur in der bestimmten Hoffnung, daß diese Verweisung nicht zur Wirklichkeit wird. Deshalb muß das Ministerium jeder Steigerung des außerordentlichen Budgets über dieses Maß hinaus entgegentreten, es muß verhindern, daß eine Einzehrung dieses Reservebestandes der Amortisationskasse stattfindet.

Nun hat der Herr Abg. Frühauf auch darauf hingewiesen, daß die Dotation der Eisenbahnschuldentilgungskasse eine Reserve darstelle. Auch das ist nicht richtig. Ich will Sie zunächst nochmals an die Ordnung des finanziellen Verhältnisses zwischen der allgemeinen Staatsverwaltung und der Eisenbahnverwaltung erinnern. Sie beruht auf dem Gesetz von 1842 über die Errichtung einer Eisenbahnschuldentilgungskasse. Die beiden Gebiete sind vollständig geschieden, die allgemeine Staatsverwaltung ist getrennt von der Eisenbahnverwaltung. Das war eine ungemein kluge Maßregel und beweist, mit welch großer Voraussicht die damaligen Finanzmänner gearbeitet haben; sie haben ganz richtig eingesehen, daß man auf die unsicheren und schwankenden Einnahmen der Eisenbahnverwaltung die allgemeine Staatsverwaltung nicht gründen kann. Diese Männer waren aber auch verkehrsfreundlich, sie hatten bestimmt, daß die Ueberschüsse der Eisenbahnverwaltung auch nur wieder der Eisenbahnverwaltung zugute kommen, daß sie verwendet werden sollen, um das Eisenbahnverkehrswesen in unserem Lande weiter zu entwickeln. Sie haben aber auch den Fall vorgesehen, daß die Eisenbahnverwaltung ihre Selbstkosten nicht deckt und für diesen Fall bestimmt, daß unter keinen Umständen Schulden gemacht werden dürfen für die Erfüllung der Zinsen- und Tilgungsverpflichtungen der Eisenbahnverwaltung. An dieser Bestimmung — und das ist eine verfassungsgesetzliche Bestimmung, deren beliebige Aenderung weder im Willen der Regierung, noch im Willen des Hauses liegt — muß festgehalten werden. Auf sie gründet sich die Dotationspolitik, die seit dem Jahre 1880 ständig bei uns getrieben wird. Nun ist es doch eine auffallende Erscheinung, daß die Eisenbahnverwaltung, die der Herr Abg. Frühauf die Nährmutter unseres Staates nennt, nicht einmal ihre Selbstkosten deckt, bzw. die zur Verzinsung und Tilgung der Eisenbahnschuld erforderlichen Summen aufbringt, und zwar schon seit 1873 nicht. Man hat sich damals noch eine Zeitlang beholfen in der Hoffnung auf bessere Zeiten, indem man frühere wirkliche Dotationsüberschüsse aufgezehrt hat.

Aber man hat bald eingesehen, daß der Rückgang in in den Betriebseinnahmen der Eisenbahnverwaltung seinen Fortgang nehmen werde, und daß man auf Grund des Gesetzes von 1842 eine organische Vorkehr dagegen treffen müsse; man hat deshalb die Dotation der Schuldentilgungskasse aus allgemeinen Staatsmitteln eingeführt, zunächst in der Höhe von 1 750 000 M., im Jahr 1888 wurde sie auf 2 750 000 M. und später noch weiter bis auf 3 750 000 erhöht, um von 1896 an wieder auf 2 Millionen herabgesetzt zu werden. Erst in diesem Jahr wurden durch die außerordentlichen Dotationszuschüsse die inzwischen aufgewachsenen Fehlbeträge an Zins- und Tilgungsraten vollständig gedeckt.

Man hat aber dann die Dotationspolitik nicht aufgegeben, und zwar deshalb, weil man sie zur Erreichung einer effektiven Schuldentilgung, oder wenigstens zur Verhinderung eines allzuraschen Anwachsens der Eisenbahnschuld für erforderlich hielt. An dieser neuen Funktion der Dotation, die in den Berichten des landständischen Ausschusses eingehend begründet und gerechtfertigt wird, hat man bisher festgehalten. Ich möchte sehr bezweifeln, ob es in gegenwärtigen Moment richtig ist, diese Dotationspolitik aufzugeben. Denn wenn in einem der früheren Berichte des landständischen Ausschusses, ich meine es war 1896 oder 1897, gesagt wurde, nun sei der Beweis geliefert, daß die Eisenbahnverwaltung auf eigenen Füßen stehen könne, daß sie zur Aufbringung ihrer Zins- und Tilgungsraten der allgemeinen Staatshilfe nicht mehr bedürfe, so wurde diese Voraussage schon durch die Ereignisse der Jahre 1901 und 1902 Lügen gestraft, und das Schuldkapital der Staatseisenbahn hat seither in einer früher nicht geahnten Höhe zugenommen und wird noch weiter zunehmen.

Bezüglich der Rentabilitätsberechnungen unserer Eisenbahnen bin ich gleichfalls mit dem Herrn Abg. Frühauf in keiner Weise einig. Der Herr Abg. Frühauf spricht immer von einem Reinerträgnis der Staatseisenbahn von 27,4 Millionen. Es ist richtig, die Eisenbahnverwaltung hat mit einem Ertrag von 27,4 Mill. im Jahre 1904 abgeschlossen, aber damit ist die Rechnung noch nicht zu Ende. Es muß noch der Aufwand für Zins und Tilgung in Berechnung gezogen werden. Er betrug im ganzen über 24 Millionen, es bleibt also wenn man diese Summe von den 27,4 Millionen abzieht, ein wirklicher Reinertrag von 4,3 Mill., wahrhaftig ein klägliches Ergebnis bei einem Anlagekapital von 627 u. einem noch ungetilgten Schuldkapital von 420 Mill.

Ich möchte auch noch hinweisen auf die Steigerung unserer Eisenbahnschuld, weil es immer so hingestellt wird, als ob sie eine durchaus unverfängliche Sache sei. Es sind seit 1842 an Eisenbahnschulden aufgenommen worden die Summe von 627,7 Millionen. Davon sind 1900 bis 1904, also in 5 Jahren, 156 Millionen, also $^1/_4$ dieser Schuld aufgenommen worden, $^3/_4$ verteilen sich auf 57 Jahre. Der jährliche Durchschnitt der Anlehensaufnahme beträgt in der ersten Periode jährlich 8,3 Millionen, in den letzten fünf Jahren 30 Millionen. Diese Steigerung der Eisenbahnschuld ist ungesund und es ist sehr bedauerlich, daß wir in dieser Schuldenpolitik, durch die Umstände genötigt, noch fortfahren müssen und es wohl schwerlich umgehen können, in den nächsten Jahren abermals eine Steigerung der Eisenbahnschuld von 100 oder 150 Millionen eintreten zu lassen. Der Herr Abg. Zehnter hat mit Recht darauf aufmerksam gemacht, daß diese Perspektive eine durchaus unerfreuliche ist, dem die Schuldenvermehrung erhöht unsern Zins- und Tilgungsaufwand so erheblich, daß es fraglich erscheint, ob es der Eisenbahnverwaltung gelingen wird, auch die Einnahmen in entsprechender Weise zu entwickeln. Man muß daran umsomehr zweifeln,

als der größte Teil der Aufwendungen, die wir zu machen genötigt sind, die Rente nicht steigern werden, sondern im Gegenteil dazu beitragen, die Betriebskosten noch weiter zu erhöhen.

Der Herr Abg. Frühauf hat auch von den Postgefällen von 500 000 M., die der Eisenbahnschuldentilgungskasse zugewiesen sind, gesprochen und gemeint, es sei doch ein unerhörter Zustand, daß wir nur 500 000 M. Anteil an den Postgefällen des deutschen Reiches beziehen. Das ist nun ein Mißverständnis. Die Sache verhält sich folgendermaßen. Wir haben als Mitglieder der Reichspostgemeinschaft an den Einnahmen der Reichspost in vollen Umfange Anteil. Die 500 000 M. kommen nur daher, daß uns in der Uebergangszeit nach der Gründung des deutschen Reiches diese 500 000 M. garantiert worden sind an den Einnahmen der Post, weil man damals nicht wußte, wie hoch diese Postgefälle sein würden, und wir uns unter allen Umständen ein gewisses Minimum an Postgefällen sichern wollten. Nun ist ja die badische Post, die früher mit der Eisenbahn verbunden war, seinerzeit an das deutsche Reich übergegangen. In der Eisenbahnschuld stecken aber auch Aufwendungen, die für die Post gemacht worden sind, und mit Rücksicht hierauf hielt man es für richtig, die Eisenbahnschuldentilgungskasse mit Rücksicht auf diese Aufwendungen aus der allgemeinen Staatsverwaltung mit einem jährlichen Beitrag von 500 000 Mark auszustatten.

So wenig ich also anerkennen kann, daß uns zur Erleichterung unserer Finanzlage noch stille Reserven zur Verfügung stehen, so wenig vermag ich mich mit einer Anlehenspolitik, der übrigens, wie ich zu meiner Freude konstatieren kann, selbst der Herr Abg. Frühauf eigentlich nicht das Wort geredet hat, zu befreunden. Mit der Inaugurierung einer Anlehenpolitik ist den Finanzverhältnissen des badischen Staates nicht aufzuhelfen. Ich kann in dieser Beziehung zunächst nur demselben Gedanken Ausdruck gegeben, den schon der Herr Staatsminister ausgesprochen hat. Warum sträubt sich die Großh. Regierung gegen eine Anlehenspolitik und warum sträubt sich insbesondere der Finanzminister dagegen? Ich hätte eigentlich am allerwenigsten Grund, die mir auf dem Präsentierteller engegengebrachte Anlehenspolitik zurückweisen; meine Geschäftsführung würde es ungemein erleichtern, ich wäre aller der unangenehmen Erörtungen und Verhandlungen mit den anderen Ressorts enthoben, wie sie sich mit Notwendigkeit bei einer gespannten Finanzlage ergeben; ich würde hier im Hohen Hause, wenigstens auf der linken Seite, auf eine ungemein willfährige Stimmung stoßen, wenn ich vorschlüge, einen gewissen Teil unseres Staatsaufwands auf Anlehen zu übernehmen. Es handelt sich aber hier nicht um die Bequemlichkeit des Staatsministeriums und um die des Finanzministers, sondern um das Wohl des Landes; und meine finanzpolitische Ueberzeugung, wie auch das Gefühl der Verantwortlichkeit gegenüber dem Lande gestatten es mir nicht, von den Traditionen der seit mehr als 50 Jahre in unserem Lande befolgten Finanzpolitik abzuweichen, einer Finanzpolitik, die von dem Grundsatz ausgeht: jede Generation hat die Ausgaben selbst zu bezahlen, die sie für notwendig hält, und auch die Aufwendungen des außerordentlichen Etats — gewisse Ausnahmefälle ausgenommen — aus laufenden und ordentlichen Mitteln zu bestreitten. Nicht, als ob ich damit jede Anlehenspolitik grundsätzlich ablehnen wollte; ich anerkenne die Zulässigkeit der Anlehenspolitik in dem Umfange, in dem sie von der Finanzwissenschaft und der praktischen Finanzpolitik solid geleiteter Staaten anerkannt und geübt wird. Aber jeder vorsichtige Finanzwirt wird gut tun, von dem Grundsatz auszugehen, daß jede Schuldenpolitik ein Uebel, unter Umständen ein notwendiges Uebel, aber unter allen Umständen ein Uebel ist. Ein Grundsatz steht aber unumstößlich fest, und das ist der: daß die fortlaufenden Ausgaben unbedingt auch aus laufenden Einnahmen getilgt werden müssen. Anders mit den einmaligen und und mit den nur periodisch wiederkehrenden Ausgaben! Gewisse einmalige und nur periodisch wiederkehrende Ausgaben können sicherlich aus Anlehensmittel bestritten werden. Ich rechne hierunter namentlich alle großen Aufwendungen, die durch Staatsnotstände herbeigeführt werden, Kriegsgefahr, allgemeine Landeskalamitäten (Zuruf! Teuerung!), ich rechne hierher auch die Aufwendungen für große organisatorische Einrichtungen, die auf einmal ungewöhnlich große Mittel erfordern. Aber die staatswirtschaftlichen Ausgaben im allgemeinen, die Ausgaben, die zur Förderung des wirtschaftlichen und geistigen Wohls des Landes aufgewendet werden, sind aus laufenden Mitteln zu decken; eine Ausnahme ist nur dann zulässig, wenn es sich um sogenannte werbende Anlagen, um Anlagen handelt, die, wie die Eisenbahnen, dazu bestimmt sind, das Vermögen und namentlich auch das Einkommen des Staates zu vermehren, oder zum mindesten die Aufwendungen für ihre Verzinsung und Tilgung selbst aufzubringen.

Nun kommt es vor allem darauf an, was man unter einmaligen Ausgaben versteht. Hier möchte ich hinweisen auf einen bekannten und autoritativen Vertreter der Finanzwissenschaft, auf Adolf Wagner. Dieser sagt, man dürfe sich hier nicht strenge an das Wort halten, sondern die Frage, was eine einmalige — unter Umständen also auf Anleihen zu überweisende — Ausgabe sei, müsse nach den obwaltenden Verhältnissen beantwortet werden; er sagt, daß Neubauten an und für sich einmalige Ausgaben seien, daß aber im großen politischen Gemeinwesen, wo Neubauten jeder Art von Jahr zu Jahr wiederkehren, es notwendig sei, diese Ausgaben zu den fortlaufenden zu rechnen, eben aus dem Grunde, weil sie in dem großen Gemeinwesen regelmäßig wiederkehren. In dieser Beziehung macht er also einen Unterschied, und zwar zwischen dem Staat und den kleinen Gemeinden. In den letzteren, in denen immer nur nach Verlauf von mehreren Dezennien sich die Notwendigkeit eines Neubaues ergebe, erscheine es zulässig, die Kosten dafür auf den Anlehenskredit zu übernehmen.

Von diesen Grundsätzen geht auch das Reich aus, nur werden sie nicht gewissenhaft beobachtet (Heiterkeit). Ich erinnere daran, und das möchte ich hauptsächlich den Herren von der Linken zu bedenken geben, daß auf Anregung des Reichstags im Jahre 1900 die Reichsregierung aufgefordert wurde, diejenigen Grundsätze mitzuteilen, nach denen sie Ausgaben zwischen dem ordentlichen und dem außerordentlichen Etat verteile, und nach denen sie es für zulässig halte, Ausgaben auf Anlehen zu übernehmen; im darauffolgenden Jahre hat dann die Reichsregierung dem Reichstag diese Grundsätze mitgeteilt, und sie sind in der Begründung zu der Reichsfinanzvorlage abgedruckt. Diese Grundsätze stimmen mit denen, die ich eben hier entwickelt habe, vollständig überein; und als über sie debattiert wurde, hat sich fast niemand zum Wort gemeldet, sie haben die einstimmige Zustimmung aller Parteien des Reichstags gefunden. Nur ein oder zwei Redner sind aufgetreten und haben dem Zweifel Ausdruck gegeben, ob das Reich an diesen schönen Grundsätzen festhalten were. Aber deren Richtigkeit hat Niemand bestritten. Und so sehen Sie denn, wenn Sie den Etat des Reiches in die Hand nehmen, daß das Reich die einmaligen Ausgaben trennt: ein Teil derselben wird mit den fortlaufenden in den ordentlichen Etat gestellt und nur ein Teil der einmaligen Ausgaben, die

nach den von mir entwickelten Grundsätzen aus Anleihen gedeckt werden dürfen, kommt in den außerordentlichen Etat. Wir etatisieren anders, wir stellen alle einmaligen Ausgaben, ohne jeden Unterschied in den außerordentlichen Etat. Daraus folgt aber nicht, daß wir, weil sie im außerordentlichen Etat stehen, berechtigt wären, sie auch auf Anlehenskredit zu übernehmen.

Auf das Beispiel anderer Staaten und auf das Beispiel der Städte will ich nicht näher eingehen. So weit die Anlehenspolitik der Städte mit den von mir entwickelten Grundsätzen übereinstimmt, ist sie richtig, soweit sie nicht damit übereinstimmt, ist sie falsch und kann nicht als Vorbild für den Staat betrachtet werden. Ich muß aber daran erinnern, daß die Städte ganz besonders viele Ausgaben für werbende Anlagen gemacht haben. Hierfür Anleihen zu machen, hat gar keinen Anstand. Werbende Anlagen sind aber nicht die staatlichen Schulhäuser, Krankenhäuser, Gefängnisanstalten, Unterrichtsgebäude usw., sondern das sind Lastengebäude.

Nun möchte ich noch die finanziellen Wirkungen einer Anlehenspolitik vor Augen führen. Ich habe mir eine Berechnung aufstellen lassen: Ich nehme an, wir würden den Bauaufwand im Betrag von zwei Millionen jährlich auf Anlehen übernehmen, hätten also in der Budgetperiode eine Ausgabe von 4 Millionen durch Anlehen zu decken. Wir hätten alsdann im ersten Jahr bei $3^1/_2$ % Verzinsung an Zinsen 70000 Mark zu zahlen und bei Zugrundelegung einer 40jährigen Tilgung an Amortisation jährlich 50000 Mark zu entrichten. Nach 10 Jahren würden jährlich an Zins und Tilgung schon 1 121 250 Mark, nach 20 Jahren 2 067 500 Mark zu zahlen sein, nach 32 Jahren würde die dritte Million überschritten und nach 40 Jahren wird der Beharrungszustand mit einem jährlichen Aufwand an Zins von 1 435 000 Mark und Tilgung von 2 Millionen Mark zusammen 3 435 000 Mark erreicht. Man zahlt also, um einen Nutzeffekt von jährlich 2 Millionen zu erreichen, jährlich allein an Zinsen 1 435 000 Mark, das sind 70 % von 2 Millionen! Das ist der reine Wucherzins, der hier dem Volk und dem Lande durch eine derartig verfehlte Anlehenspolitik aufgeladen würde.

Ich glaube, damit die Einwürfe des Herrn Abg. Frühauf erledigt zu haben. Wenn zur Ordnung unserer kritischen Finanzlage der Weg der Anlehenspolitik nicht gangbar ist, so wüßte ich nicht, welche anderen Wege offen stehen als die, die ich in meinem Finanzexposé bezeichnet habe, und die Sie auch schon im Finanzexposé meines Vorgängers vom Jahre 1904/05 finden: Anpassung der Ausgaben an die Einnahmen und, wenn nötig, weitere Entwicklung der Einnahmewirtschaft! Diese Finanzpolitik ist in Baden immer befolgt worden, und ich sehe nicht ein, warum Sie von jetzt an nicht mehr sollte praktikabel sein; sie appelliert allerdings an die Besonnenheit und auch an das Maßhalten der Volksvertretung, an die sorgfältige Erwägung in jedem Einzelfall, ob eine Ausgabe auch wirklich und in dem Maß notwendig ist, in dem sie vorgeschlagen wird.

Ich bin weit davon entfernt, glauben zu wollen, daß lediglich mit Sparsamkeit die etwas gespannte Finanzlage wieder in Ordnung gebracht werden könnte. Aber darin bin ich mit dem Herrn Vorsitzenden der Budgetkommission und den Herren von der linken Seite, dem Herrn Abg. Binz und dem Herrn Abg. Obkircher einverstanden, daß auch Sparsamkeit, Besonnenheit und Maß in den Ausgaben nicht außer Betracht gelassen werden dürfen. Es gibt auf dem sachlichen Gebiet unserer Ausgaben allerlei Punkte, wo in dieser Beziehung eingesetzt werden kann. Ich will nur an den Bauaufwand erinnern, auf den verschiedene Redner aufmerksam gemacht haben. Aber noch mehr als auf das sachliche Gebiet möchte ich Sie auch aufmerksam machen auf das Gebiet der persönlichen Ausgaben. Ich habe vorhin schon auseinandergesetzt, wie hoch der persönliche Aufwand bei uns angeschwollen ist, und wenn wir über den Antrag wegen Gewährung einer Teuerungszulage und Durchführung des Gehaltstarifs verhandeln, so werde ich noch näher ausführen, in welch großem Maße die etatmäßigen Stellen bei uns in den letzten Jahren vermehrt worden sind. Es scheint mir sehr notwendig zu sein, daß wir in dieser Beziehung etwas zurückhaltender werden. Ich habe schon in der Budgetkommission meinen Zweifel ausgesprochen, ob es die finanziellen Kräfte des Landes erlauben, daß wir eine extensive und eine intensive Beamtenpolitik zu gleicher Zeit treiben, ob es möglich ist, daß wir nicht nur die Zahl der Beamten fortwährend vermehren, sondern auch unsere Beamten am besten bezahlen. Beides zusammen halte ich nicht für möglich, wenn wir unsere Aufwendungen nicht ins Ungemessene steigern wollen.

Damit will ich für heute schließen und Sie bitten, was ich schon in meinem Finanzexposé getan habe, daß auch Sie an den bewährten Grundsätzen der bisherigen badischen Finanzpolitik festhalten möchten. Notwendige Kulturaufgaben werden beim Finanzministerium sicherlich niemals auf Widerstand stoßen. Aber das Eine muß ich von meinem Standpunkt aus und im Interesse des Wohles des Landes verlangen, daß für die Ausgaben, die hier beschlossen werden, das Hohe Haus sich auch bereit finden läßt, die Deckungsmittel auf dem geordneten Weg einer gesunden und soliden Finanzpolitik zu bewilligen! (Bravo!)

Die Debatte wird hierauf abgebrochen.

Schluß der Sitzung 2 Uhr 25 Minuten.

Verantwortlich für den Bericht über die Verhandlungen der Zweiten Kammer: Dr. Otto Walli.
Druck und Verlag der G. Braunschen Hofbuchdruckerei. Beide in Karlsruhe.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg